

Protokoll

Nr. 23

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
vom Donnerstag, den 11.04.2019.

Durch Einladung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung vom 08.04.2019, bereitgestellt im Internet unter www.neu-anspach.de am 09.04.2019 - veröffentlicht im Usinger Anzeiger vom 10.04.2019, waren die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung unter Angabe der Stunde und des Ortes der Versammlung sowie der Gegenstände der Beschlussfassung auf den 11.04.2019 zur Sitzung in das Bürgerhaus im Ortsteil Anspach einberufen worden. Die Einladung ging mindestens 5 Tage vor der Sitzung zu.

Sitzungsbeginn: 20:04 Uhr

Sitzungsende: 22:39 Uhr

Anwesend waren:

I. Bellino, Holger, **Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung**

II. **die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung:**

1. Bolz, Ulrike
2. Bosch, Corinna
3. Gemander, Reinhard
4. Linden, Cornelius
5. Löffler, Guntram
6. Maas, Rudi
7. Strutz, Birger
8. Weber, Matthias
9. Becker, Klaus
10. Bohne, Günter
11. Henninger, Matthias
12. Henrici, Monika
13. Höser, Roland
14. Jaberg, Peter
15. Kirberg, Till
16. Otto, Artur
17. Roepke, Thomas
18. Töpferwien, Bernd
19. Gerstenberg, Petra
20. Scheer, Cornelia
21. Schirner, Regina
22. Fleischer, Hans-Peter
23. Meyer, Horst
24. von der Schmitt, Christian
25. Emrich, Susanne
26. Lurz, Günther
27. Moses, Andreas
28. Feisel, Susanne
29. Kulp, Kevin
30. Riecks, Jutta
31. Zunke, Sandra

III. **vom Magistrat**

Pauli, Thomas (**Bürgermeister**)
Dr. Müller, Gerriet (**1. Stadtrat**)
Büttner, Bernhard
Hauk, Gerhard
Hollenbach, Werner

Dr. Kirberg, Karl-Wilhelm
Pippinger, Petra
Stempel, Jürgen

IV. **von der Verwaltung**

V. **Schriftführer**

Schnorr, Mathias

B. Es fehlten

I. **die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung**

Holm, Christian	(Fraktion b-now)
van Dick, Jan	(Fraktion DIE LINKE)
Dr. Göbel, Jürgen	(SPD-Fraktion)
Henrici, Rainer	(SPD-Fraktion)

II. **vom Magistrat**

Klein, Manfred	(FWG-UBN-Fraktion)
Selzer, Heike	(SPD-Fraktion)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie wird wie folgt erledigt:

1. **Ehrungen/Ernennungen**

1.1 **Verleihung von Anerkennungsprämien des Landes Hessen für langjährige Dienste in der Einsatzabteilung der Freiw. Feuerwehr Neu-Anspach**

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, führt aus, dass es eine kleine Geste des Landes Hessen sei, aber durchaus sicher von allen Städten und Gemeinden in Hessen mitgetragen werde, dass Personen, welche sich über lange Zeit in der Freiwilligen Feuerwehr engagieren, eine kleine monetäre Aufmerksamkeit erhalten. Egal ob jemand für 10, 20, 30 oder 40 Jahre ausgezeichnet werde, es bedeutet Engagement für die Stadt Neu-Anspach und somit für die Sicherheit ihrer Bürger. Er bedankt sich bei allen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr und besonders bei den heute zur Ehrenden.

Bürgermeister Thomas Pauli bittet

Martin Haas	für 10 Jahre
Markus Benderoth	für 30 Jahre
Edgar Bettner	für 40 Jahre
Detlef Creuzberg	für 40 Jahre
Fredi Löw	für 40 Jahre
Klaus Mank	für 40 Jahre
Reinhard Stephan	für 40 Jahre

auf die Bühne. Auch er würdigt das jahrelange Engagement und betont, dass hinter der Feuerwehrarbeit auch ein sehr großer zeitlicher Aufwand stehe. Zu dieser Zeit müssen die Familien auf Ihre Männer/Väter verzichten, daher spreche er auch gerne einen herzlichen Dank an die Familien für die jeweilige Unterstützung aus.

1.2 **Verabschiedung der seitherigen Wehrführung und Ernennung der neu gewählten Wehrführung der Freiw. Feuerwehr Rod am Berg**

Vorlage: 90/2019

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, bedankt sich für das jahrzehntelange, ehrenamtliche Engagement bei der seitherigen Wehrführung und wünscht den beiden neuen Wehrführern viel Erfolg und alles Gute. Er bittet die Beteiligten auf die Bühne.

Bürgermeister Thomas Pauli verliest die Ernennungs- bzw. Dankesurkunden und übergibt jeweils ein kleines Präsent an die seitherige Wehrführung. Er betont, dass die Arbeit der Wehrführung nochmal ein bisschen zeitintensiver sei und er sich ausdrücklich für die geleistete Arbeit bedanke.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Wahl von Herrn Florian Koep zum Wehrführer und die Wahl von Herrn Erik Mank zum stellv. Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Rod am Berg zu bestätigen und die Gewählten gemäß § 12 der Feuerwehrsatzung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zu Ehrenbeamten der Stadt Neu-Anspach zu ernennen.

Gleichzeitig sind der seitherige Wehrführer, Herr Achim Nickel und der seitherige stellv. Wehrführer, Herr Fredi Löw mit einer Dankurkunde zu verabschieden. Herrn Nickel wird nach der Jubiläumsverordnung des Landes Hessen für seine 25-jährige Dienstzeit als Ehrenbeamter der Stadt Neu-Anspach eine Jubiläumszuwendung von 310,-- € gewährt.

Beratungsergebnis:32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**1.3 Ernennung des neu gewählten stellv. Wehrführers der Freiw. Feuerwehr Hausen-Arnsbach
Vorlage: 99/2019**

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, bedankt sich ebenfalls beim bisherigen stellv. Wehrführer für das mehrjährige ehrenamtliche Engagement. Er freut sich, dass er der Freiwilligen Feuerwehr Hausen-Arnsbach weiterhin erhalten bleibe. Dem neuen stellv. Wehrführer wünscht er viel Erfolg und alles Gute. Er bittet die Beteiligten auf die Bühne.

Bürgermeister Thomas Pauli verliest die Ernennungs- bzw. Dankesurkunde und übergibt ein kleines Präsent an den seitherigen stellv. Wehrführer. Er bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Wahl von Herrn Florian Weißbrod zum stellv. Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Hausen-Arnsbach zu bestätigen und den Gewählten gemäß § 12 der Feuerwehrsatzung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Ehrenbeamten der Stadt Neu-Anspach zu ernennen.

Beratungsergebnis:32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**2. Genehmigung der Niederschrift Nr. XII/21/2018 über die Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2018**

Beschluss

Die Niederschrift Nr. XII/21/2018 über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2018 wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Beratungsergebnis: 26 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 6 Stimmenthaltung(en)

3. Punkte ohne Aussprache

4. Punkte mit Aussprache

- 4.1 **Bebauungsplan „Altkönigstraße/Herzbergstraße/Saalburgstraße“, Stadtteil Anspach**
- **Beschlussfassung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange“ nach § 4 (2) BauGB und der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (2) BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweise sowie**
- **Beschlussfassung zu den im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweisen**
Vorlage: 305/2018

Aus dem Bauausschuss berichtet Ausschussvorsitzender Andreas Moses. Die Vorlage wie auch der anschließende Satzungsbeschluss des Bebauungsplans wurden einstimmig beschlossen.

Fraktionsvorsitzender Reinhard Gemander von der CDU-Fraktion fragt nach der Antwort auf seine Frage im Bauausschuss. Diese könne er im Protokoll nicht finden. Ein direkter Anwohner des geplanten Neubaus hatte Bedenken zur Einfahrt in das neue Gebäude geäußert. Dieser Anwohner fühle sich benachteiligt, ihm wurde zugesichert, dass er nochmals angehört werde.

Bürgermeister Thomas Pauli erklärt, es habe ein Gespräch zwischen dem Investor und dem betroffenen Anwohner gegeben. Warum die Frage im Protokoll nicht beantwortet sei, könne er jetzt nicht sagen.

Stadtverordneter Reinhard Gemander fragt, ob das Gespräch zwischen der Sitzung des Bauausschusses und der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden habe.

Bürgermeister Thomas Pauli erwidert, dass das Gespräch nicht in der abgelaufenen Woche stattgefunden habe sondern schon einige Monate zurückliege.

Stadtverordneter Kevin Kulp von der SPD-Fraktion fragt zur Geschäftsordnung, ob sich der Stadtverordnete Gemander eventuell im Widerstreit der Interessen nach § 25 HGO befinde, da er im betroffenen Plangebiet wohne.

Stadtverordnetenvorsteher Holger Bellino führt aus, dass sich der Stadtverordnete Gemander nicht im Widerstreit der Interessen befinde, da es sich lediglich nur um eine Änderung des Bebauungsplans handele. Er könne keine Befangenheit erkennen. Etwas anderes wäre es bei einem Grundstückskauf oder- verkauf. Das sei aber nicht Gegenstand des Beschlusses.

Stadtverordneter Reinhard Gemander erklärt, dass man den Tagesordnungspunkt verschieben müsse, wenn die Sache nicht abschließend geklärt sei. Man könne heute Abend nicht darüber entscheiden.

Fraktionsvorsitzende Regina Schirner von der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen berichtet, dass der betroffene Anwohner im Bauausschuss anwesend war und gegenüber ihr bestätigt hat, dass es bereits vor einiger Zeit ein Gespräch gegeben habe. Aber er habe nach wie vor Bedenken geäußert, dass bei Anlieferungen für den Gewerbebetrieb die Einfahrt in die Tiefgarage des neuen Gebäudes blockiert sei.

Stadtverordneter Andreas Moses von der NB-Fraktion stellt die Frage, wie man jetzt damit umgehe. Könne man beschließen, wenn die Frage nicht beantwortet sei? Er führt aus, dass man auch mal zu einer Entscheidung kommen müsse, da sich die Sache jetzt schon sehr lange hinziehe. Man könne aber auch nur zu einer Entscheidung kommen, wenn alle Fragen beantwortet seien. Eventuell könne der Ältestenrat zusammentreten und ein Übereinkommen erzielen.

Stadtverordnetenvorsteher Holger Bellino bestätigt diesen Vorschlag und ruft den Ältestenrat zu einer kurzen Absprache zusammen.

Bürgermeister Thomas Pauli verweist auf Seite 21 der Vorlage, dort sei die verkehrsrechtliche Erschließung dargestellt. Fahrkurven zeigen, dass eine Anlieferung des Gewerbebetriebs möglich ist, ohne dass die Zufahrt zur Tiefgarage blockiert werde.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung um 20.55 Uhr wieder.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass man den Eigentümer/Besitzer telefonisch erreicht habe und über die Sache sprechen konnte. Der Eigentümer/Besitzer habe nach wie vor Bedenken, dass es zu Problemen bei der Anlieferung für den Gewerbebetrieb und der Zufahrt zur Tiefgarage kommen könnte. Der Eigentümer/Besitzer habe gesagt, er müsse diesen Umstand „wohl mit Murren“ akzeptieren und gehe davon aus, dass die Abläufe in der Zukunft nicht einfacher werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher führt weiter aus, dass die ganze Sache nicht optimal gelaufen sei. Seit der Frage im Bauausschuss habe es genug Zeit gegeben, die Frage zu beantworten, was leider nicht erfolgt sei. Man hätte es im Vorfeld klären können und hätte diese Sitzungsunterbrechung dann nicht benötigt. Dennoch habe sie sich jetzt gelohnt. Die CDU-Fraktion habe auch bereits erklärt, dass man der Sache zustimmen könne. Eine Verschiebung dieses Tagesordnungspunkts ist somit nicht mehr nötig.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, zu dem Bebauungsplanentwurf „Altkönigstraße/ Herzbergstraße/Saalburgstraße“, Stadtteil Anspach, die in **Fettdruck und Kursivschrift** dargestellten Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen und Hinweise als Stellungnahme der Stadt Neu-Anspach abzugeben.

I. Anregungen Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

1. Netzdienste Rhein-Main, Schreiben vom 25.9.2018, Az.: N1-NA4-cw

Auf Ihre Anfrage vom 12.09.2018 können wir Ihnen heute mitteilen, dass gegenüber dem Bebauungsplan 60-17-01 Bebauungsplan „Altkönigstraße / Herzbergstraße / Saalburgstraße“ und 60-17-09 Bebauungsplan „Tanusstraße 38 - 46“ der Stadt Neu-Anspach grundsätzlich keine Einwände der NRM bestehen. Unsere Stellungnahme vom 02.08.2018 behält ihre Gültigkeit.

Der Hinweis auf die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Bitte beachten Sie, dass sich in der ausgewiesenen Fläche des Geltungsbereiches bereits Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse befinden, deren Bestand und Betrieb zu gewährleisten sind. Eine Überbauung vorhandener Leitungstrassen ist nicht zulässig. Voraussetzung für die Planungen von Grünflächen bildet die aktuelle Version des DVGW-Arbeitsblattes GW 125 „Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen“. Des Weiteren bitten wir darauf zu achten, dass sowohl bei Veräußerung sowie bei Umwidmung von Grundstücksflächen eine dingliche Sicherung aller Mainova-Trassen erforderlich wird. Für alle Baumaßnahmen ist die NRM — Norm „Schutz unterirdischer Versorgungsleitungen, Armaturen, Mess-, Signal- und Steuerkabel der Mainova“ einzuhalten. Bitte fordern Sie für Ihre Planungen unsere Bestandsunterlagen online unter dem Link www.nrm-netzdienste.de/netzauskunft im Bereich Downloads an.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und wurden bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

2. Regionalverband FrankfurtRheinMain, Schreiben vom 25.9.2018, Az.: bau

Die im Rahmen des Verfahrensschrittes gem. § 4 (1) BauGB zu o.a. Verfahren abgegebene Stellungnahme vom 25.07.2018 halten wir aufrecht. Die Stellungnahme lautete:

„Zu der vorgelegten Planung bestehen hinsichtlich der vom Regionalverband FrankfurtRheinMain zu vertretenden Belange keine Bedenken.

Im Regionalplan Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) ist der Bebauungsplan-Geltungsbereich als bestehende „Wohnbaufläche“, „Gemischte Baufläche“ und „Gewerbliche Baufläche“ dargestellt.

Der Hinweis auf die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Der Bebauungsplan-Entwurf bereitet die Aufgabe von ca. 1 ha „Gewerblicher Baufläche“ an der Saalburgstraße zugunsten der Entwicklung von Wohnnutzung vor. Dies wird durch die Betriebsaufgabe (Autohaus Jäger) bzw. die vorgesehene Betriebsverlagerung (Schrotthandel Röhrig) möglich. Durch die Festsetzung von Mischgebiet im Bereich „Gewerblicher Baufläche“ am südwestlichen Gebietsrand und Wohngebiet im Bereich „Gemischter Baufläche“ werden zusätzlich bisher im RPS/RegFNP 2010 vorgesehene Möglichkeiten gewerblicher Nutzung aufgegeben bzw. eingeschränkt. Da im Plangebiet bereits überwiegend Wohnnutzung vorherrscht, wird die angestrebte Entwicklung als städtebaulich sinnvoll angesehen. Dadurch erhöht sich jedoch aufgrund aktuell fehlender Gewerbeflächenreserven in Neu-Anspach der Bedarf an neuen Flächen, der im Rahmen der RPS/RegFNP-Neuaufstellung zu berücksichtigen ist.

***Die Ausführungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
Die Stadt Neu-Anspach befindet sich mitten in dem Prozess zur Erstellung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK). Eines der Kernthemen des Prozesses ist die zukünftige (Siedlungs-) Entwicklung zu der auch die Bereitstellung neuer Gewerbeflächen gehört.***

Sobald der o.g. Bebauungsplan rechtswirksam geworden ist, wird um Übersendung einer Mehrausfertigung in der bekannt gemachten Fassung zusammen mit einer Kopie der ortsüblichen Bekanntmachung gebeten, damit gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB der RPS/RegFNP 2010 angepasst werden kann."

Der Anregung wird entsprochen.

3. Unitymedia, eMail vom 28.9.2018, Az.: Zentrale Planung ND

Aus Ihrer Begründung ist ersichtlich, dass insgesamt 112 neue Wohneinheiten entstehen (5 Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 52 Wohneinheiten). Vorab benötigen wir allerdings für unsere Planung noch die Haustypen bzw. Grundstücke der restlichen 60 Wohneinheiten. (Mehrfamilienhäuser, Doppelhäuser oder Einzelhäuser)

***Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Angemerkt sei, dass auch diese Wohneinheiten parallel zur Saalburgstraße und voraussichtlich in Mehrfamilienhäusern entstehen werden. Eine konkrete Planung für diesen Bereich gibt es indes noch nicht.***

4. Syna GmbH, Schreiben vom 10.10.2018, Az.: Jürgen Fischer

Gegen die oben genannte Bauleitplanung haben wir unter der Voraussetzung keine Bedenken anzumelden, dass unsere bestehenden und zukünftig geplanten Versorgungseinrichtungen bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigt werden.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Hier verweisen wir auf unser Schreiben vom 01.08.2018.

Hier weisen wir auf die vorhandenen Erdkabel unseres Stromversorgungsnetzes, sowie die allgemein jeweils gültigen Bestimmungen, Vorschriften und Merkblätter (VDE, DVGW, Merkblätter über Baumanpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen usw.) hin. Aus dem beiliegenden Plan können Sie unsere vorhandenen Versorgungsanlagen entnehmen. Diese Versorgungsanlagen sind für die Stromversorgung zwingend notwendig, daher müssen diese in ihrem Bestand erhalten werden. Im Zuge des Neubaus von Erschließungsstraßen und -wegen wird die Erweiterung der o. g. Versorgungsanlagen erforderlich.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und wurde bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Sollte zur Verwirklichung des Bebauungsplanes eine Umlegung und / oder Versetzung von Versorgungsanlagen erforderlich werden, sind uns alle durch die Umlegung entstehenden Kosten zu erstatten. Die Beteiligung an der Kostenübernahme richtet sich nach gesetzlichen Bestimmungen sowie bestehenden Verträgen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und wurde bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Die Stromversorgung für die im Geltungsbereich vorgesehene Bebauung ist aus heutiger Sicht nach Verlegung der Versorgungskabel in gesicherten Trassen aus dem bestehenden Versorgungsnetz gesichert.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Sollte von Ihrer Seite der Wunsch bestehen die vorhandene Straßenbeleuchtungsanlage zu erweitern, wenden Sie sich bitte an unseren zuständigen Sachbearbeiter Herrn Michel, Tel. 06172-962-135.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Bei der Projektierung der Bepflanzung ist darauf zu achten, dass die Baumstandorte so gewählt werden, dass das Wurzelwerk auch in Zukunft die Leitungstrassen nicht erreicht.

In diesem Zusammenhang weisen wir vorsorglich auf die DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ hin.

Bei Baumanpflanzungen im Bereich unserer Versorgungsanlagen muss der Abstand zwischen Baum und Kabel 2,50 m betragen.

Bei geringeren Abständen sind die Bäume zum Schutz unserer Versorgungsanlagen in Betonschutzrohre einzupflanzen, wobei die Unterkante der Schutzrohre bis auf die Verlege tiefe der Versorgungsleitungen reichen muss. Bei dieser Schutzmaßnahme kann der Abstand zwischen Schutzrohr und Kabel auf 0,50 m verringert werden.

In jedem Falle sind Pflanzungsmaßnahmen im Bereich unserer Versorgungsanlagen im Voraus mit uns abzustimmen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und wurde bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass uns in allen Erschließungsstraßen und Verbindungswegen der notwendige Raum für die Einbringung der Straßenbeleuchtungsstützpunkte mit Betonfundamenten und der neuen Versorgungserdkabel nach DIN bereitzustellen ist.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und wurde bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Um Unfälle oder eine Störung der Energieversorgung zu vermeiden, ist der von Ihnen beauftragten Baufirma zur Auflage zu machen, vor Beginn der Arbeiten die entsprechenden Bestandspläne bei der Syna GmbH anzufordern, bzw. abzuholen.

Für Auskünfte über die Lage unserer Bestandsleitungen wenden Sie sich bitte an unsere Planauskunft per E-Mail an geo.service@syna.de oder per Telefon unter der 069/3107-2188/2189. Unabhängig davon dürfen wir Sie bitten, den Beginn der Bauarbeiten unserem Serviceteam in Bad Homburg, Herrn Dissinger, Te1.06172-962-150 vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und wurde bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

5. Hochtaunuskreis, Der Kreisausschuss, Schreiben vom 29.10.2018, Az.: 60.00.06-217

Zu dem oben genannten Bebauungsplan wird seitens des Kreisausschusses des Hochtaunuskreises wie folgt Stellung genommen:

Vom **Fachbereich Ländlicher Raum** werden die öffentlichen Belange der Landwirtschaft/Feldflur vertreten. Hierin sind Aufgaben der Landschaftspflege enthalten. Des Weiteren werden die öffentlichen Belange des Forstes wahrgenommen.

Mit dem oben genannten Bebauungsplan beabsichtigt die Stadt Neu-Anspach die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen, um eine derzeit zum Teil brach liegende Gewerbegebietsfläche einer Nutzung als Allgemeines Wohngebiet zuzuführen. Bei der bereits seit mehreren Jahren brach liegenden Gewerbegebietsfläche handelt es sich um ein ehemaliges Autohaus. Daran angrenzend befindet sich jedoch ein großer Schrotthandel, der noch in vollem Umfang betrieben wird und ebenfalls mit dem Ziel einer Nutzung als allgemeines Wohngebiet überplant wird.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst darüber hinaus das nordöstlich angrenzende Mischgebiet, das heute überwiegend durch Wohnnutzung geprägt ist und dem entsprechend nun als „Allgemeines Wohngebiet“ festgesetzt werden soll. Lediglich am südwestlichen Geltungsbereichsrand wird ein kleiner Teil als Mischgebiet festgesetzt.

Insgesamt hat der Geltungsbereich des Bebauungsplans eine Größe von ca. 6,7 ha, in dessen Umfang 100 Wohnungen durch Geschosswohnungsbau neu entstehen sollen.

Planungsrechtlich unterliegt der Geltungsbereich mit seinen verschiedenen Nutzungsbereichen mehreren rechtskräftigen Bebauungsplänen, die in ihren Festsetzungen ersetzt werden.

Der jetzt zur Stellungnahme vorliegende Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen sind gegeben, so dass im Verfahren auf eine Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich verzichtet wird.

Öffentliche Belange der Landwirtschaft wie auch des Forstes werden von der vorliegenden Planung direkt nicht berührt. Die Planung kann vom Grundsatz her aus städtebaulichen Aspekten nachvollzogen werden, allerdings stellt sich die Frage nach dem zukünftigen Betriebsstandort des Schrotthandels.

Auch wenn der Bebauungsplan selbst nur Innenbereichsflächen überplant, sind in dessen Folge die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen und ein weiterer irreversibler Flächenverbrauch in Verbindung mit der daraus resultierenden Betroffenheit öffentlicher Belange der Landwirtschaft zu erwarten.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Die nicht gegebene Betroffenheit öffentlicher Belange der Landwirtschaft ist somit nur vordergründig. Um der Landwirtschaft in der Folge nicht weitere, für die regionale Produktion von Lebensmitteln wichtige Flächen zu entziehen, werden aus Sicht der öffentlichen Belange der Landwirtschaft intensive Bemühungen gefordert, um für den Schrotthandel einen neuen Standort in einem bereits ausgewiesenen oder bestehenden Gewerbegebiet zu finden. Die Suche sollte dabei nicht auf die Gebietsgrenzen der Stadt Neu-Anspach beschränkt werden.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Die Firma Röhrig & Sohn GmbH Schrotthandel wird diesen Standort verlassen. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neu-Anspach hat bereits in der Sitzung am 11.05.2017 beschlossen, zur Betriebsverlagerung der Firma Röhrig GmbH & CO. KG und Röhrig & Sohn GmbH, Saalburgstraße 41, südöstlich des Deponiepark Brandholz auf dem Grundstück Gemarkung Westerfeld, Flur 1, Flurstück 13/11 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Betriebsstätte Firmen Röhrig“ aufzustellen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst das Grundstück Gemarkung Westerfeld Flur 1 Flurstück 13/11. Planziel ist die Schaffung von Baurecht zur Umsiedlung der Firmen Röhrig GmbH & Co. KG und Röhrig & Sohn GmbH.

Der Vorhabenträger lässt gegenwärtig von einem Architekturbüro die zukünftige Betriebsgestaltung auf dem o.g. Grundstück planen. Diese Planung wird die Grundlage für den o.g. vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Dieser kann fortgesetzt werden, sobald die Planung vorliegt.

Es handelt sich hierbei um ein eigenständiges Aufstellungsverfahren mit eigenständigen Beteiligungsschritten nach dem Baugesetzbuch (BauGB). Der Fachbereich ländlicher Raum wird auch zu diesem Bauleitverfahren gehört und hat die Möglichkeit der Stellungnahme.

Der **Fachbereich Umwelt, Naturschutz und Bauleitplanung** begrüßt den eingereichten Bebauungsplanentwurf „Altkönigstraße/Herzbergstraße/Saalburgstraße“. Bei der Planung handelt es sich um eine planungsrechtliche Neuordnung eines bereits planungsrechtlich gesicherten und überwiegend bereits bebauten Gebietes auf einer Fläche von ca. 6,7 ha. Gegen den Bebauungsplan bestehen aus natur- und artenschutzfachlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Der Hinweis auf die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Es wird um Erläuterung gebeten, wie die verkehrliche Erschließung und Anbindung des Wohngebietes Nr. 5 und 5a erfolgen soll, da der Erhalt der vorhandenen Heckenstruktur im Süden der Grundstücke in Gefahr gesehen wird.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Anbindung und Zufahrt zum Gebiet 5a (hinter Taunusstraße 38) erfolgt über die Stichstraße im Westen der beiden Grundstücke. Das Flurstück 113/2 gehört zum Anwesen Taunusstraße 42 und wird im Falle einer Bebauung von Norden von der Taunusstraße her erschlossen. Die beiden östlichen Grundstücke im Baugebiet Nr. 5 werden von Osten her über den landwirtschaftlichen Weg erschlossen. Die Zuwegungen sind jeweils im Norden der Grundstücke vorgesehen bzw. im Gebiet 5a bereits Bestand.

Die vorhandene Heckenstruktur bzw. bestehende Festsetzung aus dem rechtskräftigen Bebauungsplan „Im Dornstück“ wurde hier übernommen, der Erhalt ist somit gesichert.

Aufgrund der Bedeutung für den Artenschutz (vgl. artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, S. 9), aber auch zur Minimierung der Beeinträchtigung des Schutzgutes Landschaftsbild, sollen die vorhandenen Gehölze zwischen dem Betriebsgelände des Altmetallhandels und dem Offenlandbereich zum Erhalt festgesetzt werden. Ist dies nicht möglich, weil die Gehölze sich auf dem angrenzenden Flurstück befinden, ist zur Sicherung der Minimierungsmaßnahmen eine Eingrünung mittels heimischen, standortgerechten Gehölzen mit einer Mindestbreite von 5 m an der östlichen Seite des Flurstücks 105/8 vorzusehen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Wert für die Gehölze für die Vogelwelt ist unstrittig, ein artenschutzrechtlich begründetes Erfordernis für ihren Erhalt besteht indes nicht. Wegen des Vorrangs einer größtmöglichen Ausnutzung des Grundstücks muss deshalb von einer diesbezüglichen Festsetzung abgesehen werden. Hinsichtlich der Ein- und Durchgrünung wirken aber die generellen Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Artenschutz

Für die Abarbeitung der artenschutzrechtlichen Prüfung in Hessen wird darum gebeten, anstatt des Bayerischen Leitfadens, den „Hessischen Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung“ (Hrsg. Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 2015) mit den jeweiligen Mustern zu verwenden. Auch wenn dieser keinen legislativen Charakter aufweist, so sind die Naturschutzbehörden dazu angehalten ihre Stellungnahmen auf dessen Grundlage zu erarbeiten.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag folgt selbstverständlich dem hessischen Leitfaden, nicht dem Bayerischen. Der redaktionelle Fehler wird korrigiert. Bezüglich der verwendeten Prüfschemata wird an der Vorgehensweise festgehalten, da sie entgegen den hessischen Prüfbögen nicht suggeriert, das Artenschutzrecht sei durch einfache Algorithmen zu lösen. Im Übrigen unterstehen die hessischen Prüfbögen nicht mehr dem zwischenzeitlich novellierten § 44 BNatSchG.

Weitere Anregungen, Empfehlungen und Hinweise

Bei der Anlage von Pflanzflächen sollte auf eine Verwendung von Geovlies verzichtet werden. Geovlies verhindert den Austausch einer Vielzahl von biologischen Faktoren und ist daher aus natur- und artenschutzfachlicher Sicht abzulehnen. Es wird darum gebeten, diesen Hinweis in den Festsetzungen aufzunehmen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und wurde bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Die zur Anpflanzung vorgesehenen Bäume sind in unbefestigten, begrünten Baumscheiben oder Pflanzstreifen von mindestens 6 m² Fläche und einem durchwurzelbaren Raum von mindestens 12 m³ zu pflanzen. Baumscheiben und Pflanzstreifen sind dauerhaft anzulegen und in den ersten Jahren mittels einer 10 cm dicken Muldschicht und später mit blütenreichen Staudensäumen gegen schädigende Einflüsse zu sichern. Alle Anpflanzungen sind spätestens ein Jahr nach Fertigstellung der Gebäude bzw. Erschließungsstraßen auszuführen. Sie sind dauerhaft zu erhalten. Abgängige Gehölze sind gleichartig zu ersetzen und spätestens nach einem Jahr nach zu pflanzen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und wurde bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Gesunder Baumbestand ist zu erhalten, sofern er nicht unmittelbar durch die Baumaßnahme betroffen ist. Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass der zu erhaltende Bewuchs während der Bauarbeiten gem. DIN 18920 durch entsprechende Schutzmaßnahmen vor Beeinträchtigungen zu schützen ist. Dies gilt auch für Bäume, die nicht auf dem Baugrundstück stehen. Es wird insbesondere darum gebeten, auf den Verbleib eines ausreichend großen Wurzelraumes, der o. g. Gehölze zu achten.

Wünschenswert sind weitere gestalterische Festsetzungen bezüglich einer Fassaden- und oder Dachbegrünung für Haupt- und/oder Nebengebäude.

Es wird angeregt, eine Regelung zur Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen (z. B. Holz, Naturfasern) als Baustoff in die textlichen Festsetzungen aufzunehmen. Die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen schont Klima und Umwelt - Stichworte CO₂-Senke, Energieeinsparung und biologische Abbaubarkeit. In diesem Zusammenhang wird auf den Tagungsband „Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen“, 2009 herausgegeben vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, hingewiesen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die angesprochenen Punkte betreffen vorliegend in weit überwiegendem Maße seit Jahren bebaute Wohngrundstücke mit „eingewachsenen“ Gehölzstrukturen, für die entsprechende Festsetzungen nicht sinnvoll sind und wegen des Bestandschutzes auch nicht greifen. Detailregelungen z. B. für bestimmte Baustoffe entziehen sich im Übrigen dem Zugriff des Bauplanrechtes.

6. Hessenmobil, Scheiben vom 30.10.2018, Az.: 34 c 2_BE 14.01.02 Vo_18-1802

Gegen den Bebauungsplan "Taurusstraße 38 — 46" bestehen seitens Hessen Mobil keine Einwände.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Gegen den Bebauungsplan "Altkönigstraße / Herzbergstraße /Saalburgstraße" werden seitens Hessen Mobil folgende Einwände mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen erhoben:

Sicherung der äußeren verkehrlichen Erschließung, Leistungsfähigkeitsnachweis, Zufahrten (Rechtsgrundlage der Einwände: §§ 1,123 BauGB, §§ 19, 23,29,47 HStrG).

Verkehrssicherheit (Rechtsgrundlage der Einwände: § 47 HStrG)

Erläuterung/ Möglichkeiten zur Überwindung der vorgebrachten Einwände:

In Ihrem Schreiben führen Sie aus, dass die Anbindung des Gewerbebetriebes gegenwärtig über eine Grundstückszufahrt zum Wirtschaftsweg erfolgt, der wiederum in die Landesstraße 3014 einmündet (außerhalb der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt). Die Einmündung des Wirtschaftsweges ist somit gemäß § 19 HStrG als Zufahrt zu betrachten. Der Wirtschaftsweg inklusive der Zufahrt zur Landesstraße liegt zwar nicht im Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Altkönigstraße / Herzbergstraße /Saalburgstraße", die Regelungen des Bebauungsplanes wirken sich jedoch auf diese Zufahrt aus. Durch die Umwandlung der Gewerbenutzung in Wohnnutzung ist mit einem andersartigen Verkehr zu rechnen, der zukünftig die Zufahrt nutzen wird. Somit handelt es

sich hier im Sinne des § 19 HStrG um eine Änderung einer Zufahrt, für die die Genehmigung der Straßenbaubehörde erforderlich sein wird. Für die Zufahrt ist ein Leistungsfähigkeitsnachweis zu erbringen und Hessen Mobil zur Prüfung vorzulegen. Die Ermittlung der Leistungsfähigkeit hat nach dem "Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen" (HBS 2015) zu erfolgen. Es ist dabei der aus dem Plangebiet (1b) zu erwartende zusätzliche Verkehr zu berücksichtigen. Zur Abschätzung des aus dem beabsichtigten Vorhaben zu erwartenden zusätzlichen Verkehrsaufkommens empfehle ich aus der Schriftenreihe der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung Heft 42 „Integration von Verkehrsplanung und räumlicher Planung“, Teil 2: Abschätzung der Verkehrserzeugung anzuwenden. Zudem sind mit Blick auf den Aspekt Verkehrssicherheit die Stellungnahmen der Straßenverkehrsbehörde und dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei einzuholen und Hessen Mobil vorzulegen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die Erschließung des hier angesprochenen Grundstücks erfolgt über eine direkte Anbindung an die Altkönigstraße, zusätzlich setzt der Plan Bereiche ohne Ein-/Ausfahrt fest, so dass hierdurch keine weiteren Nachweise erforderlich werden.

Die Sichtfelder an den einmündenden Knotenpunkten zur Landesstraße sind im Bebauungsplan nicht berücksichtigt. Die Sichtfelder sind entsprechend den geltenden Planungsrichtlinien (Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen) zu dimensionieren. Im derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan sind die Sichtdreiecke ebenfalls eingetragen. In Ihrem Abwägungsschreiben weisen Sie darauf hin, dass die beiden Anbindungen im Bestand bereits vorhanden sind und daher auf die Eintragung der Sichtdreiecke im Bebauungsplan verzichtet werden kann. Sichtdreiecke an Einmündungen (auch innerhalb der geschlossenen Ortslage) werden in Bebauungsplänen eingetragen um die Sichtbeziehungen für die Verkehrsteilnehmer dauerhaft von störenden Hindernissen freizuhalten. Dabei ist es unerheblich, ob die Straßenanbindung bereits besteht oder erst noch errichtet werden soll.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Sichtfelder werden in den Bebauungsplan aufgenommen.

Fachlicher Hinweis:

Gegen den Straßenbaulastträger von klassifizierten Straßen bestehen keine Ansprüche auf Durchführung von Schutzmaßnahmen aufgrund des BImSchG.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Das Plangebiet la liegt zwar innerhalb der Ortsdurchfahrt und unterliegt somit nicht den Einschränkungen der Bauverbotszone. Dennoch ist für die geplante Bebauung (Tiefgarage) Hessen Mobil im Rahmen des Bauantragverfahrens zu beteiligen. Gegebenenfalls wird seitens Hessen Mobil dann noch die Durchführung eines Beweissicherungsverfahrens gefordert.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und wurde bereits zur Berücksichtigung bei Bauplanung und Ausführung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Unter Kapitel 3.9 der Begründung wird dargelegt, dass das Fuß- und Radwegnetz im Bestand vorhanden ist und demnach keine Änderungen geplant sind. Mit Blick auf die fußläufige Erschließung des Plangebietes 1b ist diese Aussage nicht nachvollziehbar. Der Gehweg im Zuge der Saalburgstraße endet ca. 10 m vor der Einmündung eines Wirtschaftsweges in die Landesstraße. Auf den Grundstücken im Plangebiet 1b sind auch keine Geh- Fahr- und Leitungsrechte vermerkt, die eine Wegeanbindung für alle geplanten Einzelhäuser von dem bestehenden Gehweg im Zuge der Altkönigstraße/ Saalburgstraße ermöglicht. Mit Ihrem Schreiben vom 11.09.2018 legen Sie dar, dass seitens der Stadt keine Änderungen geplant sind und das Fuß- und Radwegenetz bestand sei. Gleichzeitig erläutern Sie, dass die Grundstücke im Plangebiet 1b über den Wirtschaftsweg erschlossen werden sollen. Die o.a. Lücke des Gehweges zwischen der Einmündung Altkönigstraße/Saalburgstraße und dem Wirtschaftsweg liegt innerhalb der Ortsdurchfahrt. Der Straßenbaulastträger der Landesstraße ist nicht verpflichtet den Gehweg entsprechend zu erweitern. Sollten aus Gründen der Verkehrssicherheit zukünftig berechnete Forderungen nach einem Lückenschluss des Gehweges gestellt werden, so ist dieser Lückenschluss durch die Stadt zu tragen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Stadt Neu-Anspach akzeptiert, dass der Straßenbaulastträger nicht verpflichtet ist, die Fußgänger Verbindung herzustellen.

Eine abschließende Stellungnahme kann ich erst abgeben, wenn mir die geforderten Unterlagen vorgelegt werden.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

7. Abwasserverband Oberes Usatal, Schreiben vom 5.11.2018, Az.: ED/Ansp/Bau

Gemäß den vorliegenden Unterlagen wurde der Entwurfs- und Offenlagebeschluss zu dem o.g. Bebauungsplan am 06.09.2018 gefasst.

Die aktualisierte Fassung weist demnach keine relevanten Änderungen bzgl. der Auswirkungen der Schmutzfrachten auf das bestehende Entwässerungssystem auf.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Ein neuer Hinweis bzgl. der hydraulischen Belastung liegt jedoch der Begründung zum Bebauungsplan vor [1].

Der Sammler in der Altkönigstrasse zwischen den Schächten 40151 und 40154 (Haltungen vor den Häusern Altkönigstrasse 5, 7 und 9) ist bei einem 5-jährlichen Regenereignis bei derzeitigem Bauzustand überlastet.

Wenn bei einem Neubau auf dem Grundstück „Saalburgstraße 39“ die Versiegelungsfläche erhöht wird (im Vergleich zu den Bestandsflächen), dann ist mit einer stärkeren hydraulischen Überbelastung im Bereich der Häuser Altkönigstrasse 5, 7 und 9 zu rechnen.

Um die hydraulische Belastung entgegenzuwirken stehen verschiedene Maßnahmen zur Verfügung:

1. Auswechslung der Haltungen zwischen den Schächten 40151 und 40154 (Haltungslänge: ca. 83 m)
2. Rückhaltung des Regenwassers auf dem Grundstück Saalburgstraße 39 inklusive einer Abflussbegrenzung
3. Versiegelungsfläche soll bei einem Neubau auf dem Grundstück Saalburgstraße 39 geringer sein im Bezug zu dem jetzigen Bestandsgebäude.

Zusätzlich soll laut dem Bebauungsplan auf jedem Grundstück das Niederschlagswasser von nicht dauerhaft begrünten Dachflächen in Zisternen gesammelt und als Brauchwasser genutzt werden. Ein Notüberlauf an den Regenwasserkanal ist vorzusehen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Angemerkt sei, dass die geplante Neubebauung als Wohnbebauung mit einer GRZ = 0,4 voraussichtlich zu einer deutlichen Entsiegelung des Bereichs, der gegenwärtig als Gewerbegebiet mit einer GFZ = 0,8 festgesetzt ist, führen wird.

Trotz alledem sind keine negativen Auswirkungen auf die Schmutzfrachtberechnung auf das bestehende Entwässerungssystem zu erwarten. Die betroffenen Flächen sind bereits in der Schmutzfrachtsimulation berücksichtigt worden.

Wir hoffen Sie ausreichend informiert zu haben und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Die Hinweise werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

8. Regierungspräsidium Darmstadt Schreiben vom 13.11.2018, Az.: III 31.2 – 61d 02/01-117

aus der Sicht der **Raumordnung und Landesplanung** bestehen weiterhin keine Bedenken gegen den o.g. Bebauungsplanentwurf. Ich verweise hierzu auf meine o.g. Stellungnahme vom 14. August 2018.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

In der angesprochenen Stellungnahme wird u.a. ausgeführt, dass die innerhalb der im RPS/RegFNP 2010 dargestellten Wohn- und gemischten Bauflächen festgesetzten WA-Gebiete gemäß § 1 Abs. 4 BauGB als an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung angepasst gelten können. Gegen die geplante Umnutzung der im RPS/RegFNP 2010 dargestellten gewerblichen Bauflächen in Wohn- und Mischgebiet bestehen aus regionalplanerischer Sicht keine Bedenken. Mit einer Flächengröße von ca. 1 ha handelt es sich um keine raumbedeutsame Inanspruchnahme der regionalplanerisch als Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe dargestellten Fläche. Vor dem Hintergrund der angrenzenden Wohngebäude wird die geplante Umnutzung der gewerblichen Flächen aus regionalplanerischer Sicht befürwortet.

Aus der Sicht des **Naturschutzes und der Landschaftspflege** teile ich Ihnen mit, dass von dem Geltungsbereich des o.g. Bebauungsplanentwurfes kein Natur- oder Landschaftsschutzgebiet betroffen ist. Ein Natura-2000-Gebiet ist nicht betroffen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Bezüglich der zu vertretenden naturschutzfachlichen Belange verweise ich auf die Stellungnahme der zuständigen unteren Naturschutzbehörde.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Angemerkt sei, dass die untere Naturschutzbehörde keine Stellungnahme vorgebracht hat, die der Planung grundsätzlich entgegensteht.

Aus der Sicht meiner **Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden** teile ich ihnen folgendes mit:

Bodenschutz

Seit meiner o.g. Stellungnahme vom 14. August 2018 haben sich aufgrund der Informationen aus dem Bebauungsplanverfahren einige Änderungen ergeben.

Im Bereich des Bebauungsplanes liegen mehrere Grundstücke, die von gewerblicher Nutzung in Wohnnutzung umgewidmet werden sollen. Zum einen existierte in der Saalburgstraße 39 das Autohaus Jäger KG, das inzwischen als Altstandort mit der Nr.: 434.007.010000.108 in der hessischen Altflächendatei (Datenbank ALTIS) erfasst wurde. Eine Bewertung der Fläche hinsichtlich des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen wurde noch nicht durchgeführt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Ein Geotechnischer und umwelttechnischer Bericht (CDM Smith, AIsbach, PN 108891, Stand 22.05.2015) von für das Grundstück des ehem. Autohauses Jäger liegt vor und wurde dem RP mit Email vom 23.11.2018 mit der Bitte um Stellungnahme zur Verfügung gestellt. Zur orientierenden Untersuchung des Untergrundes hinsichtlich eines möglichen Auftretens von Schadstoffen und zur orientierend abfallcharakterisierenden Bewertung von beim Bau anfallender Bodenaushubmassen wurden an entnommenen Bodenproben chemisch-analytische Untersuchungen vorgenommen. Hierzu wurden die Bohrsondierungen in Bereichen positioniert, in denen ein Umgang mit umweltrelevanten Stoffen stattgefunden hat (Heizöltank, Abscheideanlage, Waschhalle, Werkstatt). Die Ergebnisse der flächenspezifischen orientierenden Untersuchungen wurden in Unterkapiteln zusammen- und den bodenschutz- und abfallrechtlich relevanten Bewertungskriterien gegenübergestellt. Die Ergebnisse der abfallcharakterisierenden Untersuchungen des Bodens geben Hinweise, dass anfallendes Bodenmaterial uneingeschränkten (Z0) bzw. eingeschränkt unter Sicherungsmaßnahmen (Z1.2) verwertet werden kann. Detaillierte Untersuchungen sollten baubegleitend durchgeführt werden. Eine Gefährdung des Bodens bzw. des Grundwassers ist auf Basis dieser Ergebnisse nach den Vorgaben der HLUG-Handbücher ([U18],[U19]) nicht abzuleiten. Bei den organosensorisch auffälligen Bodenproben der Auffüllung aus dem Bereich des Heizöltanks wurde eine Konzentration an Mineralölkohlenwasserstoffen von 230 mg/kg bestimmt. Im liegenden natürlichen Untergrund lag der Gehalt unterhalb der Bestimmungsgrenze. Dieser Befund lässt sich auf eine geringe örtliche Beeinflussung des oberflächennahen Untergrundes durch ggf. Tropfverluste bei der Betankung schließen. Eine relevante Verlagerung in den liegenden Untergrund bzw. eine daraus resultierende mögliche

Grundwassergefährdung ist auf Basis dieser Ergebnisse nach den Vorgaben der HLUG-Handbücher ([U18], [U19]) nicht abzuleiten.

Zum anderen ist der Standort Schrotthandel Röhrig in der Saalburgstraße 41 mit der Nr.: 434.007.010-000.040 eingetragen. Hier ist seit 1957 bis heute der Schrotthandel Röhrig gemeldet. Dieser soll im Zuge der geplanten Bebauung umgelegt werden und somit wird der jetzige Standort in der Saalburgstraße 41 zum Altstandort. Für das Grundstück ist weiterhin unter der Nummer 434.007.010-000.035 eine sonstige schädliche Bodenveränderung eingetragen. In 2011 wurde eine Einzelfallrecherche durchgeführt, die zu dem Ergebnis kam, dass keine Hinweise auf eine Müllablagerung vorhanden sind. Ein nutzungsbedingter Eintrag von Mineralölen im Jahr 1991 wurde durch Bodenaustausch saniert. Über die momentane Nutzung des Grundstücks Saalburgstraße 33A liegen dem Regierungspräsidium keine Angaben vor, da es sich noch um einen laufenden Betrieb handelt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Für den Bereich der Saalburgstraße 41, dem Schrotthandel Röhrig, liegen Ergebnisse aus partiellen Bodenproben vor, die in den Jahren 1989 und 1991 durchgeführt wurden. Gegenwärtig ist der Betrieb noch im vollen Gange. Eine Verlagerung ist geplant, so dass der Standort für eine neue (Wohn-) Nutzung zur Verfügung steht. Eine vollständige Untersuchung erfolgt sinnvoller Weise nach weitgehender Räumung des Geländes. Der Untersuchungsumfang wird mit den zuständigen Behörden abgestimmt.

Anhand der bisher vorhandenen Kenntnisse kann nicht abgewogen werden, ob die gemäß § 1 Abs. 5 BauGB erforderlichen allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung gewahrt bleiben und die vorgesehene Nutzung, die mit einer vorhandenen oder vermuteten Bodenbelastung auf Dauer unvereinbar und deshalb unzulässig wäre. Vor einer Umnutzung der gewerblichen Flächen in Wohnnutzung sind weitere Recherchen erforderlich ggf. sind auch orientierende Untersuchungen in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Darmstadt, Dez IV/Wi 41.1, durchzuführen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Das Grundstück erhält in der Plandarstellung eine Festsetzung als Altlastenfläche.

Aus Ihrem Schreiben (Abwägungsergebnis) vom 11.09.2018 an das Regierungspräsidium Darmstadt geht hervor, dass Ihnen Informationen zu Bodenproben aus den Jahren 1989 und 1991 vorliegen. Bitte stellen Sie uns diese Informationen zur Verfügung.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Immissionsschutz

Der vorgelegte Entwurf wurde aus Sicht des Immissionsschutzes, der Lufthygiene und des Kleinklimas geprüft. Die Prüfung ergab, dass aus Sicht der Lufthygiene und des Kleinklimas keine Bedenken gegen den vorgelegten Bebauungsplanentwurf bestehen.

Der Hinweis auf die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Aus Sicht des Immissionsschutzes können die Auswirkungen der Lärmbelastung des Verkehrs zur Tages- und Nachtzeit auf der Saalburgstraße auf die geplanten Wohnbauflächen 1a und 1b erst mit Erhalt des in der Begründung des Bebauungsplanes unter Punkt 7 erwähnten Schalltechnischen Gutachtens betrachtet werden.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Des Weiteren muss klargestellt werden, dass der Betrieb des Treppenbauers auf der Mischgebietsfläche 4 im Zuge des neuen Bebauungsplanes nicht nur die Grenzwerte für ein Mischgebiet einzuhalten hat, sondern aufgrund der direkt anschließenden Wohnbebauung die Grenzwerte für ein allgemeines Wohngebiet eingehalten werden müssen. Dies könnte für den Betrieb eine erhebliche Einschränkung darstellen und sollte unbedingt im Vorfeld mit dem Betreiber geklärt werden. Für den weiteren Verfahrensgang ist eine abschließende Stellungnahme von meiner Seite nur anhand eines schalltechnischen Gutachtens möglich.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Angemerkt sei, dass zum Entwurf des Bebauungsplans hin ein Teil des Mischgebiets auf Wunsch des Eigentümers in ein Allgemeines Wohngebiet umgewandelt wird. Zum anderen ist lt. Bundesimmissionsschutzgesetz (§ 50 BImSchG) das Nebeneinander von Wohn- und Mischgebietes doch regelmäßig nicht zu beanstanden. Im akustischen Gutachten der IAB Oberursel vom 04.02.2019 wurde die Problematik untersucht und entsprechende Maßnahmen beschrieben, diese fanden Eingang in die textlichen Festsetzungen. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen.

Aus Sicht meiner Dezernate Abfallwirtschaft und Bergaufsicht verweise ich weiterhin auf meine o.g. Stellungnahme vom 14. August 2018. Die übrigen an der Prüfung beteiligten Dezernate haben keine Bedenken oder Hinweise.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

II. Stellungnahmen, die im Rahmen der erneuten Beteiligung gem. § 4a Abs. 3 BauGB eingegangen sind.

9. Syna GmbH, Schreiben vom 21.2.2019, AZ.:

Gegen die oben genannte Bauleitplanung haben wir unter der Voraussetzung keine Bedenken anzumelden, dass unsere bestehenden und zukünftig geplanten Versorgungseinrichtungen bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigt werden.

Hier verweisen wir auf unsere Schreiben vom 01.08.2018 und 10.10.2018.

Hier weisen wir auf die vorhandenen Erdkabel unseres Stromversorgungsnetzes, sowie die allgemein jeweils gültigen Bestimmungen, Vorschriften und Merkblätter (VDE, DVGW, Merkblätter über Baumanpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen usw.) hin. Aus dem beiliegenden Plan können Sie unsere vorhandenen Versorgungsanlagen entnehmen. Diese Versorgungsanlagen sind für die Stromversorgung zwingend notwendig, daher müssen diese in ihrem Bestand erhalten werden. Im Zuge des Neubaus von Erschließungsstraßen und -wegen wird die Erweiterung der o. g. Versorgungsanlagen erforderlich.

Sollte zur Verwirklichung des Bebauungsplanes eine Umlegung und / oder Versetzung von Versorgungsanlagen erforderlich werden, sind uns alle durch die Umlegung entstehenden Kosten zu erstatten. Die Beteiligung an der Kostenübernahme richtet sich nach gesetzlichen Bestimmungen sowie bestehenden Verträgen.

Die Stromversorgung für die im Geltungsbereich vorgesehene Bebauung ist aus heutiger Sicht nach Verlegung der Versorgungskabel in gesicherten Trassen aus dem bestehenden Versorgungsnetz gesichert.

Sollte von Ihrer Seite der Wunsch bestehen die vorhandene Straßenbeleuchtungsanlage zu erweitern, wenden Sie sich bitte an unseren zuständigen Sachbearbeiter Herrn Michel, Tel. 06172-962-135.

Bei der Projektierung der Bepflanzung ist darauf zu achten, dass die Baumstandorte so gewählt werden, dass das Wurzelwerk auch in Zukunft die Leitungstrassen nicht erreicht.

I

In diesem Zusammenhang weisen wir vorsorglich auf die DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ hin.

Bei Baumanpflanzungen im Bereich unserer Versorgungsanlagen muss der Abstand zwischen Baum und Kabel 2,50 m betragen.

Bei geringeren Abständen sind die Bäume zum Schutz unserer Versorgungsanlagen in Betonschutzrohre einzupflanzen, wobei die Unterkante der Schutzrohre bis auf die Verlege tiefe der Versorgungsleitungen reichen muss. Bei dieser Schutzmaßnahme kann der Abstand zwischen Schutzrohr und Kabel auf 0,50 m verringert werden.

In jedem Falle sind Pflanzungsmaßnahmen im Bereich unserer Versorgungsanlagen im Voraus mit uns abzustimmen.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass uns in allen Erschließungsstraßen und Verbindungswegen der notwendige Raum für die Einbringung der Straßenbeleuchtungsstützpunkte mit Betonfundamenten und der neuen Versorgungserdkabel nach DIN bereitzustellen ist.

Um Unfälle oder eine Störung der Energieversorgung zu vermeiden, ist der von Ihnen beauftragten Baufirma zur Auflage zu machen, vor Beginn der Arbeiten die entsprechenden Bestandspläne bei der Syna GmbH anzufordern, bzw. abzuholen.

Für Auskünfte über die Lage unserer Bestandsleitungen wenden Sie sich bitte an unsere Planauskunft per E-Mail an geo.service@syna.de oder per Telefon unter der 069/3107-2188/2189.

Unabhängig davon dürfen wir Sie bitten, den Beginn der Bauarbeiten unserem Serviceteam in Bad Homburg, Herrn Dissinger, Tel. 06172-962-150 vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und wurden, soweit sie die verbindliche Bauleitplanung betreffen bereits berücksichtigt. Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens waren

- **die Integration der Ergebnisse der Schalltechnischen Untersuchung in das Planverfahren**
- **die Aufnahme der Festsetzung einer Altlastenfläche für das Grundstück Saalburgstraße 41 (Fa. Röhrig)**
- **die Verlängerung des Bereiches ohne Ein- und Ausfahrt entlang der Südostgrenze des Grundstückes Saalburgstraße 41**
- **die Eintragung von Sichtfeldern in den einmündenden Knotenpunkten zur Landesstraße 3041**

Gemäß § 4a Abs. 3 S. 2 BauGB wurde bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung besteht insofern kein weitergehender Handlungsbedarf.

10. NRM Netzdienste RheinMain , Schreiben vom 06.03.2019, Az.: N1-NA4-cw

auf Ihre Anfrage vom 18.02.2019 können wir Ihnen heute mitteilen, dass gegenüber dem Bebauungsplan „Altkönigstraße /Herzbergstraße/Saalburgstraße" der Stadt Neu-Anspach grundsätzlich keine Einwände der NRM bestehen.

Bitte beachten Sie, dass sich in der ausgewiesenen Fläche des Geltungsbereiches bereits Versorgungsleitungen und Hausanschlüsse befinden, deren Bestand und Betrieb zu gewährleisten sind. Eine Überbauung vorhandener Leitungstrassen ist nicht zulässig.

Sollte eine Erschließung mit Erdgas gewünscht werden, wenden Sie sich bitte an Frau Susanne Litz 069 213-26259 s.litz@nrm-netzdienste.de

Voraussetzung für die Planungen von Grünflächen bildet die aktuelle Version des DVGW-Arbeitsblattes GW 125 „Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen".

Des Weiteren bitten wir darauf zu achten, dass sowohl bei Veräußerung sowie bei Umwidmung von Grundstücksflächen eine dingliche Sicherung aller Mainova-Trassen erforderlich wird.

Für alle Baumaßnahmen ist die NRM — Norm „Schutz unterirdischer Versorgungsleitungen, Armaturen, Mess-, Signal- und Steuerkabel der Mainova" einzuhalten. Bitte fordern Sie für Ihre Planungen unsere Bestandsunterlagen online unter dem Link www.nrm-netzdienste.de/netzauskunft im Bereich Downloads an.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und wurden, soweit sie die verbindliche Bauleitplanung betreffen bereits berücksichtigt. Gegenstand des erneuten Beteiligungsverfahrens waren

- **die Integration der Ergebnisse der Schalltechnischen Untersuchung in das Planverfahren**
- **die Aufnahme der Festsetzung einer Altlastenfläche für das Grundstück Saalburgstraße 41 (Fa. Röhrig)**
- **die Verlängerung des Bereiches ohne Ein- und Ausfahrt entlang der Südostgrenze des Grundstückes Saalburgstraße 41**

- **die Eintragung von Sichtfeldern in den einmündenden Knotenpunkten zur Landesstraße 3041**
Gemäß § 4a Abs. 3 S. 2 BauGB wurde bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung besteht insofern kein weitergehender Handlungsbedarf.

11. Hochtaunuskreis, Der Kreisausschuss, Schreiben vom 04.03.2019, Az.: 60.00.06-237

Vom **Fachbereich Ländlicher Raum** werden die öffentlichen Belange der Landwirtschaft/Feldflur vertreten. Hierin sind Aufgaben der Landschaftspflege enthalten. Des Weiteren werden die öffentlichen Belange des Forstes wahrgenommen.

Mit dem oben genannten Bebauungsplan beabsichtigt die Stadt Neu-Anspach die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen, um eine derzeit zum Teil brach liegende Gewerbegebietsfläche einer Nutzung als „Allgemeines Wohngebiet“ zuzuführen. Bei der bereits seit mehreren Jahren brach liegenden Gewerbegebietsfläche handelt es sich um das Gelände eines ehemaligen Autohauses. Daran angrenzend befindet sich jedoch ein großer Schrotthandel, der noch in vollem Umfang betrieben wird und ebenfalls mit dem Ziel einer Nutzung als allgemeines Wohngebiet überplant wird.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst darüber hinaus das nordöstlich angrenzende Mischgebiet, das heute überwiegend durch Wohnnutzung geprägt ist und dem entsprechend nun als „Allgemeines Wohngebiet“ festgesetzt werden soll. Lediglich am südwestlichen Geltungsbereichsrand wird ein kleiner Teil als Mischgebiet festgesetzt.

Insgesamt hat der Geltungsbereich des Bebauungsplans eine Größe von ca. 6,7 ha, in dessen Rahmen 100 Wohnungen durch Geschosswohnungsbau neu entstehen sollen.

Planungsrechtlich unterliegt der Geltungsbereich mit seinen verschiedenen Nutzungsbereichen mehreren rechtskräftigen Bebauungsplänen, die in ihren Festsetzungen ersetzt werden.

Die Entwurfsfassung des Bebauungsplanes hat im Oktober 2018 schon einmal zur Stellungnahme vorgelegen. Die hierzu eingegangenen Stellungnahmen machten Ergänzungen der Planunterlagen im Hinblick auf Lärmimmissionen, Altlasten und Verkehr erforderlich, die eine erneute Beteiligung der Behörden sowie öffentliche Auslegung bedingen.

Der zur Stellungnahme vorliegende Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen sind gegeben, so dass im Verfahren auf eine Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich verzichtet wird.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Öffentliche Belange der Landwirtschaft wie auch des Forstes werden von der vorliegenden Planung auch in der ergänzten Fassung nicht direkt berührt. Die Planung kann vom Grundsatz her aus städtebaulichen Aspekten nachvollzogen werden, allerdings stellt sich die Frage nach dem zukünftigen Betriebsstandort des Schrotthandels. Auch wenn der Bebauungsplan selbst nur Innenbereichsflächen überplant, sind in dessen Folge die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen und ein weiterer irreversibler Flächenverbrauch in Verbindung mit der daraus resultierenden Betroffenheit öffentlicher Belange der Landwirtschaft zu erwarten.

Die nicht gegebene Betroffenheit öffentlicher Belange der Landwirtschaft ist somit nur vordergründig. Dies wird hiermit erneut bewusst gemacht. Um der Landwirtschaft in der Folge nicht weitere, für die regionale Produktion von Lebensmitteln wichtige Flächen zu entziehen, werden aus Sicht der öffentlichen Belange der Landwirtschaft intensive Bemühungen gefordert, um für den Schrotthandel einen neuen Standort in einem bereits ausgewiesenen oder bestehenden Gewerbegebiet zu finden. Die Suche sollte dabei nicht auf die Gebietsgrenzen der Stadt Neu-Anspach beschränkt werden.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Die Firma Röhrig & Sohn GmbH Schrotthandel wird diesen Standort verlassen. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neu-Anspach hat bereits in der Sitzung am 11.05.2017 beschlossen, zur Betriebsverlagerung der Firma Röhrig GmbH & CO. KG und

Röhrig & Sohn GmbH, Saalburgstraße 41, südöstlich des Deponiepark Brandholz auf dem Grundstück Gemarkung Westerfeld, Flur 1, Flurstück 13/11 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Betriebsstätte Firmen Röhrig“ aufzustellen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst das Grundstück Gemarkung Westerfeld Flur 1 Flurstück 13/11. Planziel ist die Schaffung von Baurecht zur Umsiedlung der Firmen Röhrig GmbH & Co. KG und Röhrig & Sohn GmbH.

Der Vorhabenträger lässt gegenwärtig von einem Architekturbüro die zukünftige Betriebsgestaltung auf dem o.g. Grundstück planen. Diese Planung wird die Grundlage für den o.g. vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Dieser kann fortgesetzt werden, sobald die Planung vorliegt.

Es handelt sich hierbei um ein eigenständiges Aufstellungsverfahren mit eigenständigen Beteiligungsschritten nach dem Baugesetzbuch (BauGB). Der Fachbereich ländlicher Raum wird auch zu diesem Bauleitverfahren gehört und hat die Möglichkeit der Stellungnahme.

Der **Fachbereich Umwelt, Naturschutz und Bauleitplanung** begrüßt den eingereichten zweiten Bebauungsplanentwurf „Altkönigstraße/Herzbergstraße/Saalburgstraße“. Bei der Planung handelt es sich um eine planungsrechtliche Neuordnung eines bereits planungsrechtlich gesicherten und überwiegend bereits bebauten Gebietes auf einer Fläche von ca. 6,7 ha. Gegen den Bebauungsplan bestehen aus natur- und artenschutzfachlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Der Hinweis auf die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich der vorliegende erneuten Offenlage gem. § 4a Abs. 3 S. 2 BauGB werden zu den geänderten oder ergänzten Teilen keinen weiteren Anregungen, Empfehlungen und Hinweise abgegeben.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird auf die Stellungnahme zur Offenlage gem. § 4 Abs. 2 BauGB verwiesen.

Die Stellungnahme bezieht sich insbesondere auf den Erhalt der Heckenstruktur im Süden des WA der lfd. Nr. 5 und 5a. Die Anbindung und Zufahrt zum Gebiet 5a (hinter Taunusstraße 38) erfolgt über die Stichstraße im Westen der beiden Grundstücke. Das Flurstück 113/2 gehört zum Anwesen Taunusstraße 42 und wird im Falle einer Bebauung von Norden von der Taunusstraße her erschlossen. Die beiden östlichen Grundstücke im Baugebiet Nr. 5 werden von Osten her über den landwirtschaftlichen Weg erschlossen. Die Zuwegungen sind jeweils im Norden der Grundstücke vorgesehen bzw. im Gebiet 5a bereits Bestand.

Die vorhandene Heckenstruktur bzw. bestehende Festsetzung aus dem rechtskräftigen Bebauungsplan „Im Dornstück“ wurde hier übernommen, der Erhalt ist somit gesichert.

Zudem wurde darum gebeten, die vorhandenen Gehölze zwischen dem Betriebsgelände des Altmetallhandels und dem Offenlandbereich zum Erhalt festzusetzen, sollte das nicht möglich sein, wird um die Festsetzung einer Eingrünung mit einer Mindestbreite von 5m gebeten. Der Wert für die Gehölze für die Vogelwelt ist unstrittig, ein artenschutzrechtlich begründetes Erfordernis für ihren Erhalt besteht indes nicht. Wegen des Vorrangs einer größtmöglichen Ausnutzung des Grundstücks muss deshalb von einer diesbezüglichen Festsetzung abgesehen werden. Hinsichtlich der Ein- und Durchgrünung wirken aber die generellen Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Ferner wurden Hinweise zum artenschutzrechtlichen Fachbeitrag sowie weitergehende Empfehlungen zum Verzicht auf Geovlies sowie zur Beschaffenheit und Größe von Baumscheiben zur Anpflanzung gegeben. Diese Hinweise wurden bereits in den Entwurf des Bebauungsplans eingearbeitet.

Insgesamt sei an dieser Stelle im Detail auf die Beschlussempfehlungen zur Stellungnahme der UNB vom 29.10.2018, Seite 6 dieser Abwägungsvorlage verwiesen.

12. Regierungspräsidium Darmstadt - Kampfmittelräumdienst, Schreiben vom 21.2.2019, Az.: I 18 KMRD- 6b/05-N 1319-2019

Über die im Lageplan bezeichnete Fläche liegen dem Kampfmittelräumdienst aussagefähige Luftbilder vor.

Eine Auswertung dieser Luftbilder hat keinen begründeten Verdacht ergeben, dass mit dem Auffinden von Bombenblindgängern zu rechnen ist. Da auch sonstige Erkenntnisse über eine mögliche Munitionsbelastung dieser Fläche nicht vorliegen, ist eine systematische Flächen-absuche nicht erforderlich.

Soweit entgegen den vorliegenden Erkenntnissen im Zuge der Bauarbeiten doch ein kampfmittelverdächtiger Gegenstand gefunden werden sollte, bitte ich Sie, den Kampfmittelräumdienst unverzüglich zu verständigen.

Sie werden gebeten, diese Stellungnahme in allen Schritten des Bauleitverfahrens zu verwenden, sofern sich keine wesentlichen Flächenänderungen ergeben.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

13. Regierungspräsidium Darmstadt, Schreiben vom 11.03.2019. Az.: III 31.2 – 61d 02/01-117

Aus der Sicht der **Raumordnung und Landesplanung** bestehen weiterhin keine Bedenken gegen den o.g. Bebauungsplanentwurf. Ich verweise hierzu auf meine o.g. Stellungnahmen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

In der bzw. den angesprochenen Stellungnahmen wird u.a. ausgeführt, dass die innerhalb der im RPS/RegFNP 2010 dargestellten Wohn- und gemischten Bauflächen festgesetzten WA-Gebiete gemäß § 1 Abs. 4 BauGB als an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung angepasst gelten können. Gegen die geplante Umnutzung der im RPS/RegFNP 2010 dargestellten gewerblichen Bauflächen in Wohn- und Mischgebiet bestehen aus regionalplanerischer Sicht keine Bedenken. Mit einer Flächengröße von ca. 1 ha handelt es sich um keine raumbedeutsame Inanspruchnahme der regionalplanerisch als Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe dargestellten Fläche. Vor dem Hintergrund der angrenzenden Wohngebäude wird die geplante Umnutzung der gewerblichen Flächen aus regionalplanerischer Sicht befürwortet.

Aus der Sicht des **Naturschutzes und der Landschaftspflege** teile ich Ihnen mit, dass von dem Geltungsbereich des o.g. Bebauungsplanentwurfes kein Natur- oder Landschaftsschutzgebiet betroffen ist. Ein Natura-2000-Gebiet ist nicht betroffen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Bezüglich der zu vertretenden naturschutzfachlichen Belange verweise ich auf die Stellungnahme der zuständigen unteren Naturschutzbehörde.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Angemerkt sei, dass die untere Naturschutzbehörde keine Stellungnahme vorgebracht hat, die der Planung grundsätzlich entgegensteht.

Aus der Sicht meiner **Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt** Wiesbaden teile ich Ihnen folgendes mit:

Grundwasser

Das Gebiet liegt nicht in einem Wasserschutzgebiet. Für den Planbereich ist somit keine Wasserschutzgebietsverordnung zu beachten (bereits nachrichtlich übernommen unter 9.2.5 in der Begründung zum Bebauungsplan).

Der Hinweis wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bodenschutz

Hinweis:

Ich gehe zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass das Grundstück Saalburgstraße 39 grundsätzlich für eine Wohnbebauung geeignet ist. Einzelheiten zu gegebenenfalls erforderlichen Sanierungsmaßnahmen auf dem Grundstück Saalburgstraße 39 werden im Bauantragsverfahren mit dem Bauherrn abgeklärt.

Der Hinweis wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vorsorgender Bodenschutz

Es erfolgt keine Prüfung, da der Bebauungsplan der Innenentwicklung dient und die Fläche durch die gewerbliche Nutzung bereits anthropogen überprägt ist.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Immissionsschutz

Der vorgelegte Entwurf wurde aus Sicht des Immissionsschutzes, der Lufthygiene und des Kleinklimas geprüft.

Aus Sicht des Immissionsschutzes bestehen geringfügige Bedenken durch die Nähe des Plangebiets -allgemeines Wohngebiet- zur L 3041. Die schalltechnische Untersuchung Nr. A 75278/5225 der Firma IAB GmbH & Co. KG wurde auf Plausibilität geprüft.

Im Kapitel 9. Zusammenfassung, wird darauf hingewiesen, dass ohne Schallschutzmaßnahmen Überschreitungen der Orientierungswerte der DIN 18005 für ein WA (Teilweise für ein MI) eindeutig erkennbar sind und die Immissionsgrenzwerte nach der 16. BImSchV überschritten werden.

Im Rahmen der Bauleitplanung der Stadt Neu-Anspach sollten daher klare Regelungen zu diesen Feststellungen getroffen werden.

Es wird daher empfohlen keine schutzbedürftigen Räume (Wohn- und Schlafzimmer) an den betroffenen Fassaden anzuordnen. Zusätzliche Alternativen hat der Gutachter beschrieben. Aktiver Schallschutz sollte jedoch Vorrang vor passivem Schallschutz haben.

In den textlichen Festsetzungen des o.g. Bebauungsplanes sollten hierzu Regelungen getroffen werden.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Empfehlungen der Schalltechnischen Untersuchung haben unter Ziffer 8 Eingang in die Textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan gefunden. Die vorliegende Untersuchung in Verbindung mit den Textlichen Festsetzungen bildet die Grundlage für den entsprechenden Nachweis im Bauantragsverfahren. Der Nachweis, dass eine (Wohn-)bebauung im Bereich der Saalburgstraße grundsätzlich möglich ist wurde erbracht.

Aus Sicht meiner Dezernate Abfallwirtschaft und Bergaufsicht verweise ich weiterhin auf meine o.g. Stellungnahmen. Die übrigen an der Prüfung beteiligten Dezernate haben keine Bedenken oder Hinweise.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

III. Öffentlichkeitsbeteiligung

email 4.10.2018

Mit Nachbarn haben wir das Thema aufgegriffen, wie es ist, wenn dort in der Saalburgstraße mehr Haushalte (Personen) sind und das Abwasser abgeleitet werden muss. In der Vergangenheit hat das Abwasser, welches unter dem Fußweg zur Altkönigstraße gelangt (in Höhe der Häuser 7 und 8 ist ein Schacht) bereits Probleme bereitet. Das Wasser konnte nicht umfänglich und schnell genug abfließen, Wasseraustritt aus dem Schacht und Überschwemmung war die Folge.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Bitte nehmen Sie hier auf, dass an dieser Stelle das Fassungsvermögen der Kanalisation in der Altkönigstraße zu prüfen ist und entsprechend der zu erwartenden Abwassermengen die Kanäle und Abwasserrohre anzupassen sind.

**Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Eine Überprüfung der Situation hat bereits im Juli 2018 durch das Ingenieurbüro Dr. Wieland stattgefunden mit folgendem Ergebnis:**

„Nach der Bebauung des Grundstückes Saalburgstr. 41 wird in den Sammler in der Altkönigstrasse eingeleitet, der dann in den Sammler im St.-Marien-Weg mündet. An gleicher Stelle mündet der Sammler aus dem Weg, der westlich des Grundstückes 39 liegt, in den Sammler St.-Marien-Weg.

In diesen Sammler wird die Bebauung Saalburgstraße 39 eingeleitet.

Bei einem 5-jährlichen Regen ist der Sammler in der Altkönigstrasse zwischen den Schächten 40151 und 40154 (das sind die Haltungen vor den Häusern Altkönigstrasse 5, 7 und 9) bei derzeitigem Bauzustand überlastet.

Wird auf dem Grundstück Saalburgstraße 39 eine höhere Versiegelung zugelassen als momentan im Bestand vorhanden ist (danach sieht es aus), dann ist mit einer Verschärfung der Abflusssituation in der Altkönigstrasse im Bereich der Häuser 5, 7 und 9 zu rechnen.

Abhilfe kann durch zweierlei Maßnahmen erreicht werden:

- 1. Auswechslung der Haltungen zwischen den Schächten 40151 und 40154.
Gesamtlänge rd. 83 m
Erforderlicher Durchmesser DN 400
Geschätzte Kosten ca. 150.000 €**
- 2. Rückhaltung des Regenwassers auf dem Grundstück Saalburgstraße 39 und eine Abflussbegrenzung auf ein Maß, das dem jetzigen Abfluss entspricht.**

Für den Trockenwetterabfluss gibt es in beiden Fällen kein Problem.“

Eine Kostenübernahme der erforderlichen baulichen Maßnahmen am Kanal durch den Bauherrn/Eigentümer des Grundstückes Saalburgstraße 39 wird mittels städtebaulichem Vertrag sichergestellt. Die Inkraftsetzung des Bebauungsplanes wird von dem Abschluss des städtebaulichen Vertrages abhängig gemacht.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

- 4.2 60-17-01 Bebauungsplan „Altkönigstraße/Herzbergstraße/Saalburgstraße“, Stadtteil Anspach - Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: 306/2018**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Bebauungsplan „Altkönigstraße/Herzbergstraße/Saalburgstraße“, Stadtteil Anspach gemäß § 10 (1) BauGB sowie § 5 HGO und § 91 Abs. 3 HBO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu wird gebilligt.

Der Bebauungsplan „Altkönigstraße/Herzbergstraße/Saalburgstraße“, Stadtteil Anspach wird ortsüblich bekannt gemacht und in Kraft gesetzt, wenn mit dem Grundstückseigentümer/Bauträger des Grundstückes Saalburgstraße 39 in einem städtebaulichen Vertrag die Kostenübernahme für die erforderlichen Maßnahmen zur Entschärfung der Abflusssituation in der Altkönigstraße im Bereich der Häuser 5, 7 und 9 geregelt ist.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

- 4.3 60-18-02 Bebauungsplan Gewerbegebiet Am Kellerborn, 2. BA, 2. Änderung, Stadtteil Anspach
- Beschlussfassung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Halbsatz 1 Baugesetzbuch BauGB eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen
Vorlage: 75/2019**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, zu dem Bebauungsplanentwurf Gewerbegebiet Am Kellerborn, 2. BA. 2. Änderung die in Fettdruck und Kursivschrift dargestellten Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Halbsatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen als Stellungnahme der Stadt Neu-Anspach abzugeben.

Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (Frist bis zum 01.03.2019)

1. Regierungspräsidium Darmstadt, Kampfmittelräumdienst, Schreiben vom 20.2.2019, Az.: I 18 KMRD- 6b 06/05-N 1310-2019

Über die im Lageplan bezeichnete Fläche liegen dem Kampfmittelräumdienst aussagefähige Luftbilder vor.

Eine Auswertung dieser Luftbilder hat keinen begründeten Verdacht ergeben, dass mit dem Auffinden von Bombenblindgängern zu rechnen ist. Da auch sonstige Erkenntnisse über eine mögliche Munitionsbelastung dieser Fläche nicht vorliegen, ist eine systematische Flächenabsuche nicht erforderlich. Soweit entgegen den vorliegenden Erkenntnissen im Zuge der Bauarbeiten doch ein kampfmittelverdächtiger Gegenstand gefunden werden sollte, bitte ich Sie, den Kampfmittelräumdienst unverzüglich zu verständigen.

Sie werden gebeten, diese Stellungnahme in allen Schritten des Bauleitverfahrens zu verwenden, sofern sich keine wesentlichen Flächenänderungen ergeben.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

2. Syna GmbH, Schreiben vom 13.2.2019, Az.: Jürgen Fischer

Gegen die oben genannte Bauleitplanung haben wir unter der Voraussetzung keine Bedenken anzumelden, dass unsere bestehenden und zukünftig geplanten Versorgungseinrichtungen bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigt werden.

Hier weisen wir auf die vorhandenen Erdkabel unseres Stromversorgungsnetzes, sowie die allgemein jeweils gültigen Bestimmungen, Vorschriften und Merkblätter (VDE, DVGW, Merkblätter über Baumanpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen usw.) hin. Aus dem beiliegenden Plan können Sie unsere vorhandenen Versorgungsanlagen entnehmen. Diese Versorgungsanlagen sind für die Stromversorgung zwingend notwendig, daher müssen diese in ihrem Bestand erhalten werden. Im Zuge des Neubaus von Erschließungsstraßen und -Wegen kann die Erweiterung der o. g. Versorgungsanlagen erforderlich werden.

In diesem Zusammenhang weisen wir vorsorglich auf die DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ hin. Bei Baumanpflanzungen im Bereich unserer Versorgungsanlagen muss der Abstand zwischen Baum und Kabel 2,50 m betragen.

Bei geringeren Abständen sind die Bäume zum Schutz unserer Versorgungsanlagen in Betonschutzrohre einzupflanzen, wobei die Unterkante der Schutzrohre bis auf die Verlege tiefe der Versorgungsleitungen reichen muss. Bei dieser Schutzmaßnahme kann der Abstand zwischen Schutzrohr und Kabel auf 0,50 m verringert werden. In jedem Falle sind Pflanzungsmaßnahmen im Bereich unserer Versorgungsanlagen im Voraus mit uns abzustimmen.

Um Unfälle oder eine Störung der Energieversorgung zu vermeiden, ist der von Ihnen beauftragten Baufirma zur Auflage zu machen, vor Beginn der Arbeiten die entsprechenden Bestandspläne bei der Syna GmbH anzufordern, bzw. abzuholen.

Für Auskünfte über die Lage unserer Bestandsleitungen wenden Sie sich bitte an unsere Planauskunft per E-Mail an geo.service@syna.de oder per Telefon unter der 069/3107-2188/2189. Unabhängig davon dürfen wir Sie bitten, den Beginn der Bauarbeiten unserem Serviceteam in Bad Homburg, Herrn Dissinger, Te1.06172-962-150 vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen.

Es bestehen unsererseits keine Bedenken die Bauleitplanung im genannten Bereich

Von bisher „Straßenverkehrsflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) festgesetzten Flächen" in „Gewerbegebiet gemäß § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO)" Umzuwidmen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und zur weitergehenden Berücksichtigung in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen. Der als Anlage zur Stellungnahme beigefügte Übersichtslageplan wird Bestandteil der Verfahrensunterlagen zur Aufstellung des Bebauungsplanes.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**4.4 60-18-02 Bebauungsplan Gewerbegebiet Am Kellerborn, 2. BA, 2. Änderung, Stadtteil Anspach
-Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: 76/2019**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Bebauungsplan Gewerbegebiet Am Kellerborn, 2. BA, 2. Änderung, Stadtteil Anspach gemäß § 10 (1) BauGB sowie § 5 HGO und § 91 Abs. 3 HBO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu wird gebilligt.

Der Bebauungsplan Gewerbegebiet Am Kellerborn, 2. BA, 2. Änderung, Stadtteil Anspach wird ortsüblich bekannt gemacht und in Kraft gesetzt.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**4.5 60-16-08 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Luditzer Straße 7, Stadtteil Westerfeld
-Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
60-19-05 Bebauungsplan „Luditzer Straße/Schlesierstraße“, Stadtteil Westerfeld
-Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13 a BauGB
Vorlage: 79/2019**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den Aufstellungsbeschluss 60-16-08 vom 27.09.2016 für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Luditzer Straße 7, Stadtteil Westerfeld aufzuheben,
2. den Bebauungsplan „ Luditzer Straße/Schlesierstraße“ im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, aufzustellen.

Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Westerfeld Flur 5 Flurstücke 25/1 bis 29 (Luditzer Straße 1,3,5,7,9) und Flurstücke 25/3,25/4 und 31 (Schlesierstraße 1, 3a und 3 b).

3. mit den Eigentümern der Grundstücke Luditzer Straße 7 und Schlesierstraße 3 vor Einleitung des Verfahrens städtebauliche Verträge abzuschließen, die die Kostenübernahme für das Bauleitplanverfahren, den infrastrukturellen Folgekostenbeitrag, die Kosten für die Ver- und Entsorgung und die Sicherstellung des Untergrundes der jeweiligen Zufahrten für den Brandschutz regelt.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**4.6 60-19-06 Bebauungsplan Freilichtmuseum Hessenpark, 1. Änderung und Erweiterung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Erweiterung des Aufstellungsbeschlusses vom 22.9.1997
Vorlage: 87/2019**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den am 22.09.1997 gefassten Aufstellungsbeschluss Freilichtmuseum Hessenpark, 1. Änderung und Erweiterung mit Erweiterung der Grundstücke für die Parkplatzerweiterung umzusetzen.

Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke:

Gemarkung Oberhain Flur 1, Flurstücke 14/24, 32/1, 30/1, 29/2, 29/3, 28/2, 22, 28/3, 23, 24, 25, 26 und 27.

Gemarkung Anspach Flur 24, Flurstücke 43/1, 50, 49, 47/1, 57/1, 57/2, 45, 46, 61, 62, 63/1, 60, 59, 58, 31/2, 31/3, 19/2, 19/1, 26 und 32.

Gemarkung Anspach Flur 25 Flurstücke 37/1, 37/2, 74, 73, 72/1, 69, 83 – 87, 82/1, 92/1, 75/1, 75/2, 75/3, 76, 79/1, 88/1, 63 – 68, 62/1 und 61/1.

Gemarkung Anspach Flur 33, Flurstücke 44/1, 44/2, 50, 46 und 48/1.

Gemarkung Anspach Flur 38 Flurstücke 1/13, 1/7, 1/11, 1/12, 1/14 und 1/15.

Planziel ist die Sicherstellung der mittel- und langfristigen Weiterentwicklung des Museumsgeländes.

2. Die Planungskosten gehen zu Lasten des Freilichtmuseum Hessenpark GmbH. Die Stadt übernimmt die Verwaltungskosten zur Abwicklung des Verfahrens.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.7 Ad-hoc Bericht gem. § 28 GemHVO Vorlage: 94/2019

Für die CDU-Fraktion erklärt Stadtverordnete Ulrike Bolz, sie habe sich zunächst um den Begriff Ad-hoc gekümmert. Dieser bedeute übersetzt „für einen bestimmten Zweck“ oder auch „aus dem Augenblick heraus“. Allerdings müsse man die Frage stellen, warum man diesen Ad-hoc-Bericht nicht bereits in der Februarsitzung erhalten habe. Denn nach Aussage des Bürgermeisters im Haupt- und Finanzausschuss habe er die Informationen bereits seit Januar vorliegen. Weiter führt sie aus, dass Ad-hoc im übertragenen Sinn „geprägt von Improvisation“ bedeute. Dieser Bedeutung könne man, bezogen auf den Haushalt, zustimmen. Das Ergebnis der Zahlungsunfähigkeit habe nichts mit dem Haushalt 2019 zu tun, sondern folgere sich aus den Planungen und dem Handeln im städtischen Haushalt 2018. Es schlage jetzt im Haushalt 2019 voll durch. Wenn man nur auf Steuereinnahmen und Erlöse aus Grundstücksverkäufen setze, ohne selbst Einsparungen vorzunehmen, komme man zu diesem Ergebnis mit den entsprechenden Konsequenzen. Da das negative Ergebnis 2018 bereits im Januar 2019 bekannt war, könnte man in der Privatwirtschaft von Insolvenzverschleppung sprechen. Das Zurückhalten der vorliegenden Haushaltsgenehmigung 2019 sei gleichbedeutend, wenn ein insolventes Unternehmen so tut, als könne es weiterhin auf ehemaligen Kreditzusagen aufbauend fremdes Geld ausgeben. Das sei mit Sicherheit nicht zulässig, auch unter dem Hintergrund der Hessenkasse. Sie nennt einige Beispiele, wo die Stadt keinen Einsparungswillen gezeigt habe. Abschließend gibt sie an, sie sei gespannt darauf, wie der Nachtragshaushalt aussehen werde.

Regina Schirmer, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen, berichtet, man habe letzte Woche den Ad-hoc-Bericht vorgelegt bekommen. Darin habe man von der angespannten finanziellen Lage der Stadt erfahren. Dies sei merkwürdig, habe doch der Bürgermeister, die SPD-Fraktion wie auch die B-NOW-Fraktion den ausgeglichenen Haushalt 2019 gelobt. Die B-NOW habe noch verkündet, die Wende im Haushaltswesen sei geschafft. Das könne ihre Fraktion jetzt nicht erkennen. Schon bei der Beratung des Haushalts 2019 habe man auf Ungereimtheiten und Unsicherheiten hingewiesen, auch habe man gesagt, der Haushalt 2019 sei schön gerechnet und die Planungen nicht realistisch. Deshalb habe man dem Haushalt 2019 auch nicht zugestimmt. Schon in früheren Jahren habe man die Schätzung der Steuereinnahmen für nicht realistisch gehalten und darin große Unsicherheiten gesehen. Es wurde ein ausgeglichener Haushalt 2019

vorgelegt, der Kassenkreditrahmen sei bereits jetzt überschritten und man steuere auf eine Zahlungsunfähigkeit zu. Man benötige jetzt einen Nachtragshaushalt, denn die Realität habe Neu-Anspach überholt, das Geld reiche vorne und hinten nicht aus. Auch das Geschimpfe auf das Land und den Bund helfe nicht weiter, weder die Landes- noch die Bundesregierung werde das Problem in Neu-Anspach lösen. Das müsse durch die Kommunalpolitiker selbst gelöst werden. Die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen wünsche sich zudem eine Entschärfung des Umgangston, dieser lasse teilweise sehr zu wünschen übrig. Man müsse sachlich miteinander diskutieren und versuchen, gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu finden. Weiter sei es schade, dass auf den Einwand im Haupt- und Finanzausschuss, es sollen Sparvorschläge genannt werden, der Bürgermeister gesagt habe, es werde von ihm keine Sparvorschläge geben. Diese Verhaltensweise sei nicht zielführend. Das Nicht-Veröffentlichen der Haushaltsgenehmigung 2019 zweifelte ihre Fraktion ebenso an, ob dies rechtlich überhaupt zulässig sei, müsse geklärt werden. Hierzu wünsche man sich eine Antwort der oberen Aufsichtsbehörde. Auch im Hinblick auf die Vereinbarungen zur Hessenkasse sehe man rechtliche Probleme, hier werde ebenfalls eine Antwort der oberen Aufsichtsbehörde gewünscht.

Bürgermeister Thomas Pauli weist daraufhin, dass die Aussage, es werde von ihm keine Sparvorschläge geben, konkret nur auf die Thematik zur Abschaffung der Straßenbeiträge getroffen wurde.

Fraktionsvorsitzender Andreas Moses von der NB-Fraktion führt aus, dass es jetzt alles nichts bringe, Schuldzuweisungen oder auch eine Generalabrechnung helfen nicht weiter. Man könne jetzt Richtung Finanzministerium oder auch Richtung Verwaltung schimpfen, denn an so einem Ergebnis seien bekanntlich mehrere Personen beteiligt. Gemeinsam Lösungen zu finden sei das richtige Gebot. Man werde jetzt den Nachtragshaushalt im Haupt- und Finanzausschuss beraten und sachlich diskutieren. Abschließend bittet er darum, es zu unterlassen, aus der finanziellen Misere, in welcher sich die Stadt befinde, politischen Profit zu ziehen.

Von der FWG-UBN-Fraktion spricht Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Fleischer. Er sei traurig, wenn er höre, worüber gerade gesprochen werde. Auch dass man es nicht schaffe, als Politiker gemeinsam zusammen zu arbeiten, sei sehr traurig. Für ihn seien die Gräben der Windkraft immer noch vorhanden. Für so eine kleine Stadt wie Neu-Anspach müsse man gemeinsam Lösungsvorschläge erarbeiten, welche die Stadt aus der Misere herausbringen. Die Mehrheit habe den Haushalt beschlossen, und diese Mehrheit habe auch die eine oder andere Vorlage beschlossen, welche die Stadt Geld gekostet habe. Das müsse unterbleiben. Er erinnert an seinen Antrag aus dem April 2018, wonach man hätte Einsparungen finden sollen. Zu diesem Zeitpunkt war bekannt, dass man bereits auf ein Minus für das Jahr 2018 hinsteuere. Einsparungen seien aber nicht passiert.

Stadtverordneter Kevin Kulp von der SPD-Fraktion erklärt, er könne ein Stückweit dem Kollegen Andreas Moses zustimmen. Bei den Aussagen der anderen Fraktionen könne man vermuten, es herrsche eine gewisse Freude über die momentane Situation vor. Allerdings gehe es nur um die Frage, wie man aus der Misere wieder herauskomme, wie man konstruktiv an der Sache arbeiten könne. Der Aussage, dass das Geschimpfe auf das Land oder den Bund nichts bringe, könne er zustimmen. Allerdings müsse man nicht immer akzeptieren, was die oberen Ebenen zu Lasten der Kommunen beschließen. Dies sei oftmals, und auch konkret für Neu-Anspach, finanziell negativ und dadurch machen es die oberen Ebenen der Stadt nicht besonders leicht, wieder auf die Beine zu kommen. Im Kern ist auch er der Meinung, dass Schuldzuweisungen oder auch eine Generalabrechnung nicht weiterhelfen. Man müsse jetzt gemeinsam beraten und konstruktiv zusammenarbeiten.

Stadtverordnete Regina Schirner stellt nochmal klar, dass keiner politischen Profit aus der Situation ausschlagen wolle. Ihre Fraktion wolle sachlich miteinander diskutieren und arbeiten, so wie es immer gewesen sei. Nicht erst jetzt, sondern schon früher habe ihre Fraktion Sachen aufgeführt und bemängelt. Das haben auch Vorgänger in ihrer Partei schon getan.

Fraktionsvorsitzender Bernd Töpferwien von der B-NOW-Fraktion gibt an, er habe sich die Mühe gemacht und im Protokoll der Klausursitzung des Haupt- und Finanzausschusses nachgelesen. Der Bürgermeister habe bereits damals darauf hingewiesen, dass ein hohes Risiko für einen Nachtragshaushalt bestehe. Es komme jetzt also nicht ganz so überraschend. Man sei sich damals einig gewesen, dass man eine Erhöhung der Grundsteuer B auf keinen Fall wolle. Jetzt habe man wieder die Straßenbeitragssatzung abgelehnt, als Alternative für den finanziellen Ausfall sei eine Erhöhung der Grundsteuer B in den Raum gestellt. Man müsse sich jetzt überlegen, was man den wolle. Er spricht auch den Bereich Ursache und Wirkung an. Im Haushalt 2019 sind 920.000 Euro an

Zinsen und 1,68 Millionen Euro an Tilgungsleistungen veranschlagt. Das seien Altlasten, welche das letzte Parlament angehäuft habe, diese müsse man jetzt bewältigen. Er gibt weiter zu Bedenken, dass im Bereich der Kinderbetreuung über 4 Millionen aufgewendet werden. Bisher habe man sich davor gescheut, an gewissen Stellschrauben zu drehen. Man wisse schon, wo man drehen könne, tue es aber nicht, weil man der Meinung sei, bestimmte Dinge seien sozial angebracht.

Stadtverordnete Ulrike Bolz erklärt ebenfalls, man wolle keinen Profit aus der Misere schlagen. Aber die Stadt werde in einen Stillstand hineinlaufen, weil die Gelder fehlen. Das tue der Stadt nicht gut. Das habe es schon einmal gegeben und es koste enorm viel Anstrengung, da wieder herauszukommen.

Fraktionsvorsitzender Reinhard Gemander führt aus, dass kein Mensch sich freue, wenn die Stadt Neu-Anspach ein Defizit ausweist, unabhängig davon, wer zu diesem Zeitpunkt Bürgermeister ist. Es sind die Stadtverordneten und es gehe um die Stadt Neu-Anspach, das ärgere ihn persönlich nachhaltig. Seine Fraktion sei jederzeit bereit, nach sachlichen Argumenten zu beraten und zu handeln. Zum Thema Schulden führt er aus, dass die Stadt diese Schulden gemacht habe, aber auch einen entsprechenden Gegenwert geschaffen habe, wie z.B. die Heisterbachstraße, das Rathaus und einige andere Dinge auch. Er wiederholt, dass seine Fraktion auf jeden Fall zusammen arbeiten und sachlich diskutieren wolle, es gehe um die Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger, das muss das Ansinnen aller Stadtverordneten sein.

Stadtverordneter Andreas Moses bittet darum, im Zusammenhang mit der Stadt nicht von einer Insolvenz oder auch einer Insolvenzverschleppung zu sprechen. Dies habe eine riesige Verunsicherung der Bürger zur Folge, welche absolut unangebracht sei. Auch bei den Lieferanten, Vertragspartnern und Auftragnehmern komme diese Thematik nicht gut an. Er sei sich sicher, dass bei kommenden Ausschreibungen Risikozuschläge in den Angeboten zu finden sein werden aufgrund der Problematik. Er appelliert an alle, die Begriffe nicht mehr zu verwenden, dies sei schädlich und das habe die Stadt nicht verdient.

Stadtverordnetenvorsteher Holger Bellino weist darauf hin, dass der Begriff der Zahlungsunfähigkeit nicht aus der Stadtverordnetenversammlung komme, sondern in der Zeitung zu lesen gewesen sei. Dort gab es entsprechende Berichte aufgrund Aussagen des Magistrats.

Stadtverordneter Till Kirberg von der B-NOW-Fraktion führt aus, dass man sehr wohl Vorschläge für Einsparungen gemacht habe. So gebe es z.B. den Antrag, die bestehenden Verträge der Kindertagesstätten zu überarbeiten. So etwas brauche Zeit und funktioniere nicht von heute auf morgen. Auch habe sich die Verwaltung selbst verpflichtet, an den Sach- und Dienstleistungen zu sparen. Genauso brauche es Zeit, um günstiger in der Bewirtschaftung des Waldes zu werden und auch effizienter in der Vermarktung des Holzes. Die Effekte der Einsparungen seien jetzt noch nicht greifbar, werden aber kommen. Den Vorstoß zu mehr Sachlichkeit in den Beratungen finde er gut, im Rahmen seiner Funktion als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses werde er alle Beteiligten daran erinnern. Abschließend wünsche er sich, dass kurzfristige Lösungen für die Stadt gefunden werden. Dies müsse gemeinsam und auch friedlich passieren.

Stadtverordnete Ulrike Bolz macht deutlich, dass die Verunsicherung der Bürger nicht durch die Stadtverordnetenversammlung erfolge, sondern durch die Vorlage 94/2019 des Magistrats. Im letzten Satz des Ad-hoc-Berichts sei zu lesen, dass harte Einschnitte, Gebührenerhöhungen sowie Steuererhöhungen zu erwarten seien.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den zur Vorlage XII/94/2019 beigefügten Ad-Hoc Bericht gem. § 28 GemHVO zum 19.03.2019 zur Kenntnis zu nehmen.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.8 Antrag auf Befreiung von der Zahlung zur Kostenbeteiligung für die aktiven Mitglieder des Musikzuges der Sportgemeinschaft Anspach. Vorlage: 39/2019

Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Fleischer von der FWG-UBN-Fraktion erklärt, man finde es ungerecht, den Musikzug der SG Anspach von der Kostenbeteiligung zu befreien. Seine Fraktion werde dagegen stimmen. Die SG Anspach habe im Jahr 2015 der Kostenbeteiligung zugestimmt, mit dem Wissen, dass der Musikzug auch betroffen ist. Andere Vereine stehen vor der gleichen Situation, sie zahlen für die Nutzung der Dorfgemeinschaftshäuser und sie zahlen die 20 Euro Kostenbeteiligung. Auch werde die Kostenbeteiligung an der Nutzung der Sportstätten ausgehöhlt, wenn man allen möglichen Abteilungen die Kostenbeteiligung erlasse. In Anbetracht der Haushaltssituation und der Zahlungsunfähigkeit könne man keine Geschenke verteilen, insbesondere nicht die Befreiung von der Kostenbeteiligung auch noch rückwirkend für das Jahr 2018, wie von der SG Anspach beantragt.

Stadtverordneter Kevin Kulp von der SPD-Fraktion führt aus, dass er seinem Vorredner in allen Punkten widersprechen müsse. Ja, die SG Anspach habe damals der Kostenbeteiligung zugestimmt, jedoch höchst unfreiwillig. Man habe die Kostenbeteiligung eingeführt – für die Nutzung der Sportstätten. Daran werde deutlich, dass es auf den Sachverhalt mit dem Musikzug der SG Anspach nicht passt. Wenn jetzt andere Vereine mit dem gleichen Problem, dass die Kostenbeteiligung bezahlt werde, ohne die Sportstätten zu nutzen, auf die Stadt zukommen, müsse man über deren Anträge genauso entscheiden. Auch die Haushaltssituation werde sich nicht massiv verschlechtern, zumal es unfair sei, wenn die Vereine für etwas bezahlen müssen, was sie nicht in Anspruch nehmen.

Fraktionsvorsitzender Reinhard Gemander von der CDU-Fraktion erklärt, die Aussagen des Kollegen Fleischer seien nicht ganz falsch. Es liege auch mit am Verein, wenn dieser die Mitglieder des Musikzuges als aktive Sportler bewerte. Wenn sich jetzt auch andere Vereine mit der gleichen Thematik melden, müsse man schon wegen der Gerechtigkeit gleich entscheiden. Darin erkenne die CDU-Fraktion eine Aushöhlung der Kostenbeteiligung, deshalb werde man sich der Stimme enthalten.

Andreas Moses, Fraktionsvorsitzender der NB-Fraktion, gibt an, dass die Sache ganz einfach zu bewerten sei. Ein Verein, welcher keinen Sport betreibe, müsse auch keine Kostenbeteiligung für die Nutzung der Sportstätten bezahlen.

Bernd Töpferwien, Fraktionsvorsitzender der B-NOW-Fraktion, weist auf die vorliegende Doppelbelastung hin. Es werde die Hallengebühr bezahlt sowie die Kostenbeteiligung des Vereins. Man habe festgestellt, dass die Möglichkeit bestehe, dass andere Gruppen in gleichen Situationen sein können. Entsprechend müsse man deren Anträge dann auch beschließen und es abändern. Er gehe davon aus, dass die Stadt das Geld, was hier nicht eingenommen werde, verkraften könne.

Regina Schirner, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen, ist der Meinung, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen wolle, weil es eine ganz außergewöhnliche Situation mit dem Musikzug sei – anders als mit den Sportlern in den Sportvereinen. Man habe bereits im Haupt- und Finanzausschuss danach gefragt, ob denn allen Sportlern auch Sportstätten zur Verfügung gestellt werden können. Die Sportler, welche jetzt ein Dorfgemeinschaftshaus nutzen, würden dies freiwillig machen bzw. wollen dort bleiben. Sie fragt Bürgermeister Thomas Pauli, ob dies richtig sei.

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt und gibt an, nicht genau zu wissen, von welcher Gruppe der Stadtverordnete Hans-Peter Fleischer spricht. Er habe sich im zuständigen Leistungsbereich erkundigt, allen Sportvereinen, welche aktuell ein Dorfgemeinschaftshaus nutzen, sei angeboten worden Hallen bzw. Sportstätten zu nutzen. Dies wurde seitens der betroffenen Sportvereine abgelehnt. Er betont nochmals, dass man hier Sportler mit Musiker vergleiche, dies sei ein deutlicher Unterschied.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Antrag der Sportgemeinschaft 1862 zu folgen und die aktiven Mitglieder des Musikzuges von der Zahlung des Beitrages zur Kostenbeteiligung, freizustellen. Diese Regelung soll rückwirkend bereits für das Haushaltsjahr 2018 gelten.

Beratungsergebnis: 23 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 6 Stimmenthaltung(en)

4.9 Antrag der Sportgemeinschaft 1862 Anspach, die Sporthalle in der Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße, in "Walter-Ernst-Halle" zu benennen
Vorlage: 41/2019

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Antrag der Sportgemeinschaft 1862 Anspach zu folgen und die städtische Sporthalle in der Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße, „Walter-Ernst-Halle“ zu benennen.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.10 Sicherheitsinitiative "KOMPASS"
Vorlage: 65/2019

Stadtverordneter Kevin Kulp von der SPD-Fraktion begrüßt die Sicherheitsinitiative KOMPASS und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu dieser Vorlage. Zum Antrag von TOP 4.13 führt er aus, dass sicher einige Maßnahmen im Rahmen von KOMPASS mitgeprüft werden, jedoch starten diese Maßnahmen erst nach 1 ½ Jahren, wenn die gemeinsame Sicherheitskonferenz stattgefunden habe. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass man einen Teil der Maßnahmen bereits jetzt anschieben könne bzw. prüfen könne, ob eine Umsetzung möglich ist. Zu Punkt 1 des Antrags sei wichtig, auch in Diskussionen mit Bürgern klar zu stellen, dass primär das Land Hessen für Sicherheit und Ordnung zuständig sei. Das Land Hessen habe selbst gesagt, es plane, die hessische Polizei besser auszustatten. Zu Punkt 2 des Antrags könne man gerne weitere Punkte ergänzen, dies sei als offener Forderungskatalog zu verstehen.

Stadtverordnete Corinna Bosch von der CDU-Fraktion beginnt mit der Historie des Themas. Das Land Hessen habe das Programm KOMPASS aufgelegt und die CDU-Fraktion habe im Mai 2018 den Antrag gestellt, dass die Stadt Neu-Anspach sich daran beteilige. In vier Kommunen werde dieses Projekt bereits praktiziert. Bürgermeister Thomas Pauli habe im Vorfeld erklärt, es gab einige Dinge zu regeln, bedingt durch den gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk mit Usingen musste erst geklärt werden, wie alles ablaufen und geregelt werden kann. Dies sei jetzt geschehen. Weiter erklärt sie den Ablauf des Verfahrens, an dessen Ende ein Sicherheitskonzept erarbeitet sein wird. Dies benötige die entsprechende Zeit, sei aber so umfangreich und biete viele Lösungen an, dass der SPD-Antrag darin aufgehe. Man müsse jetzt keine Maßnahmen sofort einleiten, wie z.B. die Einstellung eines weiteren Mitarbeiters für die Stadtpolizei. Deshalb bittet sie die SPD-Fraktion um Rücknahme des Antrags.

Stadtverordneter Kevin Kulp erklärt, man werde den Antrag nicht zurückziehen. KOMPASS nehme einige Zeit in Anspruch und man könne deshalb versuchen, bereits vorher Maßnahmen anzustoßen. Auch gegenüber den Bürgern sei das Signal wichtig, dass in der Stadt etwas getan werde. Die Kriminalitätsstatistik des Hochtaunuskreises weise Neu-Anspach nicht mit hohen Zahlen aus, lediglich der Bereich Sachbeschädigungen sei in Neu-Anspach sehr hoch. Aber das Thema Jugendliche und Kriminalität in einen Zusammenhang zu bringen, sei nicht richtig.

Bürgermeister Thomas Pauli stellt richtig, dass die Stadtpolizei nicht nur die Funktion von Politessen habe. Es gebe auch Spät- und Nachtdienste um den Kontrolldruck entsprechend hoch zu halten. Überwiegend passiere dies in der Sommerzeit, wenn sich mehr Leute draußen aufhalten.

Stadtverordnete Petra Gerstenberg von der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen gibt an, dass die Kriminalitätsstatistik im Hochtaunuskreis nicht sehr hoch sei, das gefühlte Empfinden der Bürger aber ein anderes sei. Sie sehe nicht, dass der SPD-Antrag den Vorgang beschleunige. Auch das Thema Videoüberwachung finde sie nicht gut, es bringe nicht mehr Sicherheit, sondern nur mehr Überwachung. Daher werde sie den Antrag ablehnen.

Fraktionsvorsitzender Andreas Moses von der NB-Fraktion erklärt, zum Thema KOMPASS seien sich alle einig. Den Antrag der SPD-Fraktion könne man in einen Appell unter Punkt 1 und in Prüfaufträge unter Punkt 2 unterteilen. Er fragt sich, was dagegen spreche, diese Punkte zu beschließen. Man könne hier überparteilich zusammenarbeiten und müsse die Sachen nicht schon zu Beginn zerreden oder auch parteipolitisch betrachten. Es gehe nur um einen Appell bzw. Prüfaufträge.

Fraktionsvorsitzender Reinhard Gemander von der CDU-Fraktion führt aus, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Ein Appell an die Landesregierung reiche nicht aus bzw. werde nicht von heute auf morgen die Probleme lösen. Die Prüfaufträge aus dem Antrag seien zudem alles Dinge, welche im KOMPASS-Programm enthalten sind. Im Bereich der Prävention könne man mit einem zusätzlichen Streetworker etwas bewegen, aber das Thema stehe jetzt nicht an. Man solle doch die Fachleute, welche beim Thema KOMPASS zusammenkommen, ihre Arbeit machen lassen.

Stadtverordnete Ulrike Bolz weist darauf hin, dass die Prüfaufträge aus dem Antrag auch eine entsprechende Zeit zur Beantwortung benötigen. Ein Teil der Prüfaufträge könne man auch schon mit Blick auf die Haushaltssituation sofort beantworten. Jedoch seien diese Punkte alle im Rahmen von KOMPASS enthalten und werden bei der Sicherheitskonferenz sicher nochmal aufgegriffen.

Von der B-NOW-Fraktion bringt Fraktionsvorsitzender Bernd Töpperwien die Dinge auf den Punkt. Die Sache KOMPASS sei eine längerfristig angelegte Sache und nicht etwas, was schnell in eine bestimmte Richtung gehe. Dem Punkt 1 aus dem SPD-Antrag könne man zustimmen, der Punkt 2 werde sicherlich zu Diskussionen führen. Es sei besser, diesen zurückzuziehen. Wenn der Punkt 2 erhalten bleibe, bittet er um getrennte Abstimmung.

Fraktionsvorsitzende Regina Schirmer von der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen gibt zu, dass der SPD-Antrag nicht schädlich sei. Jedoch könne der Punkt 1, der Appell an die Hessische Landesregierung, auch kontraproduktiv wirken. Man beschließe jetzt KOMPASS, man bekomme KOMPASS und wolle dann noch mehr bzw. stelle dann noch weitere Anforderungen. Gespräche dazu werden sich in den Beratungen zu KOMPASS sicher von selbst ergeben. Im Punkt 2 des Antrags sehe sie nur eine unnötige Zusatzbeschäftigung für die Verwaltung.

Stadtverordneter Kevin Kulp führt aus, er sei aufgrund der verschiedenen Wortmeldungen massiv verstört. Er wolle noch einmal die wesentlichen Dinge zusammenfassen. KOMPASS sei eine längerfristige Sache, die etwa 1 ½ Jahre dauere. Danach werden, aus den Ergebnissen der Sicherheitskonferenz heraus, Prüfaufträge erteilt. Der SPD-Antrag wolle nichts anderes, nur, dass die Prüfaufträge eben bereits jetzt erteilt werden.

Stadtverordneter Andreas Moses empfiehlt der SPD-Fraktion, den Punkt 2 zurückzuziehen, da eine Mehrheit sehr wahrscheinlich nicht gefunden werde.

Stadtverordneter Kevin Kulp verkürzt den vorliegenden Beschlussvorschlag und zieht den Punkt 2 des Antrags zurück. Der Punkt 1 bleibe erhalten.

Der Vorsitzende, Stadtverordnetenvorsteher Holger Bellino, gibt einen kurzen Einblick in die Personalausstattung des Landes Hessen. So werden jährlich 1000 neue Polizisten eingestellt, unter dem Strich sei der Saldo positiv, was bedeutet, es gebe mehr Zugänge als Abgänge. Weiter werden jährlich 65 zusätzliche Richterinnen und Richter eingestellt. Es ist davon auszugehen, dass man davon auch bei der Polizeistation in Usingen bzw. im Hochtaunuskreis etwas merken werde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Westhessen in Neu-Anspach durchzuführen.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

4.11 Wahl eines stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Vorlage: 106/2019

Beschluss:

Nachdem niemand gegen eine offene Abstimmung widerspricht, wählt die Stadtverordnetenversammlung per Akklamation

Herrn Hans-Peter Fleischer

zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**4.12 Nachtragssatzung 2019
Vorlage: 109/2019**

Bürgermeister Thomas Pauli führt aus, dass über die Gründe für den Nachtragshaushalt 2019 bereits bei TOP 4.7 trefflich diskutiert wurde. Im vorgelegten Entwurf werde man im 1.Schritt notwendige Veränderungen für die Liquiditätssicherung vornehmen. Er könne auch schon ankündigen, dass man im laufenden Verfahren, nach dem Vorliegen der Steuerzahlungen aus dem 1.Quartal, auch über Veränderungen im Ergebnishaushalt reden und nachdenken werden müsse.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die vom Magistrat eingebrachte Nachtragssatzung 2019 zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Beratungsergebnis:32 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

**4.13 Antrag der SPD-Fraktion zur Aufforderung der Hessischen Landesregierung, die Polizei- und Ordnungsbehörden sowie die Justizbehörden in Hessen besonders im Usinger Land besser zur Erfüllung ihrer Aufgaben auszustatten
Vorlage: 100/2019**

Zu Beginn der Sitzung wurde eine gemeinsame Beratung mit TOP 4.10 beschlossen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die hessische Landesregierung dazu auf, die Polizei- und Ordnungsbehörden sowie die Justizbehörden in Hessen insbesondere im Usinger Land sowohl in personeller als auch in materieller Hinsicht besser zur Erfüllung ihrer Aufgaben auszustatten.

Beratungsergebnis:15 Ja-Stimme(n), 16 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

5. Mitteilungen des Magistrats

**5.1 Mitteilungen des Magistrats
Vorlage: 108/2019**

Mitteilung:

1. Die Gutscheinaktion des Fördervereins POWER e. V. für Energie-Checks der Verbraucherzentrale wird 2019 fortgeführt.

Interessierte Haus- und Wohnungseigentümer sowie Mieter und Vermieter bekommen auch in diesem Jahr einen Gutschein für einen kostenlosen Energie-Check. Die Bürgerinnen und Bürger können aus folgenden Check-Typen wählen: Gebäude-Check, Heiz-Check, Solarwärme-Check, Detail-Check oder neu seit Januar 2019 der Eignungs-Check Solar.

Die Energie-Checks der Verbraucherzentrale werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert. Ein kleiner Eigenanteil des Originalpreises ist normalerweise vom Bürger zu zahlen. Auch bei

der diesjährigen Gutschein-Aktion übernimmt der Förderverein POWER e. V. des Hochtaunuskreises diesen Eigenanteil. Die ersten 50 Energie-Checks sind kostenlos. Es gilt die Reihenfolge der Anmeldung. Pro Haushalt kann nur ein Gutschein eingelöst werden.

Die Gutscheine können an Bürgerinnen und Bürger der „POWER e. V.-Mitgliedskommunen“ Bad Homburg, Friedrichsdorf, Grävenwiesbach, Neu-Anspach, Oberursel, Steinbach, Usingen, Wehrheim und Weilrod ausgegeben werden.

Nähere Infos finden Sie auf der Homepage der Stadt Neu-Anspach in der Rubrik „Umwelt & Energie“-Energieberatung Usinger Land – Aktionen und Veranstaltungen.

2. Die Stadt Neu-Anspach wird bei dem diesjährigen Europatag am 11. Mai im Hessenpark auch mit einem Stand vertreten sein.

Seit 2016 ist die Stadt Neu-Anspach Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH). Die AGNH bietet Mitgliedern u.a. kostenfreie Werbemittel für Kampagnen etc. In diesem Jahr konnten sich die Mitgliedskommunen für eine Fotowand-Aktion mit Fototeam zum Thema Fuß- und Radverkehr bewerben.

Die Stadt Neu-Anspach hat sich ebenfalls beworben und wurde aus der großen Anzahl an eingegangenen Bewerbungen ausgewählt. Die Fotowand wird am 11. Mai beim Europatag als Mitmach-Aktion eingesetzt und soll auf das Thema Fuß- und Radverkehr aufmerksam machen.

3. Die Süwag Vertrieb AG & Co. KG hat der Stadt Neu-Anspach in einer Urkunde bescheinigt, dass die Straßenbeleuchtung der Kommune an allen Verbrauchsstellen gemäß Stromlieferungsvertrag auch im Kalenderjahr 2018 mit 100 % Ökostrom versorgt wird. Damit wird bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 590 MWh pro Jahr die Umwelt um rund 257 t CO₂ im Vergleich zum durchschnittlichen Stromerzeugungsmix 2017 in Deutschland entlastet.

Beratungsergebnis:

6. Anfragen und Anregungen

6.1 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zu den Themen Straßensanierung Brandholz und Bauvorhaben Röhrig Vorlage: 64/2019

Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Fleischer von der FWG-UBN-Fraktion fragt nach, wie die Antwort auf Frage 1 zu verstehen sei. Er sei sich nicht sicher, ob es ein „Ja“ oder ein „Vielleicht“ sei. Es gehe um das Zauberwort „in Aussicht gestellt“.

Bürgermeister Thomas Pauli verweist auf die Vorlage 16/2019 zur Schaffung der Nachrottefläche der Rhein-Main-Deponie, darin seien auch Aussagen zu den besagten 200.000 Euro enthalten.

Hans-Peter Fleischer führt aus, dass die Anfrage bzw. die Antwort für Klarheit sorgen sollte. Er stellt nochmals die Frage, ob denn die Zusage schriftlich vorliege. Der Begriff „in Aussicht gestellt“ sei keine Zusage.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Anfrage der CDU-Fraktion zu den Themen Straßensanierung Brandholz und Bauvorhaben Röhrig wie folgt zu beantworten:

1. Hat die RMD, vertreten durch Herrn von Winning und Herrn Töpfer, diese Zusage so gemacht ?
Ja, die Herren haben gegenüber der Stadt eine Finanzierungszusage in Höhe von 200.000 € für die Sanierung der Zufahrtsstraße zur Deponie in Aussicht gestellt.
2. Wann fand das Gespräch statt?
Das Gespräch fand am 20. August 2018 statt.
3. Wer war an diesem Gespräch beteiligt?

Heino von Winning und Marcus Töpfer von der RMD GmbH und Bürgermeister Thomas Pauli und Viola Feldmann vom Leistungsbereich Bauen, Wohnen und Umwelt.

4. Wann wurde dieser Aktenvermerk erstellt und von wem?
Der Vermerk wurde am 22.8.2018 von Viola Feldmann erstellt.

Fragen zum Thema Verlagerung Röhrig:

1. In welchem Stadium befindet sich der Vertragsabschluss?
Der Vertragsentwurf wurde per email am 17.1.2019 an die Käuferin und dessen Steuerberater übersendet.
2. Wann ist der Vollzug des Vertrages, d.h. die Übertragung des Grundstücks geplant?
Entsprechend der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung am 19.12.2017 erfolgt die Beurkundung nach Rechtskraft des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Betriebsstätte Firmen Röhrig, Schrotthandel“.
3. Muss die Firma Röhrig einen Beitrag zur Sanierung der Straße zur Deponie bezahlen?
Ja, im Kaufpreis von 75,00 €/m² ist ein anteiliger Betrag von 193.000,00 € enthalten.
4. Muss das Bauvorhaben Röhrig dem Regionalverband mitgeteilt, angemeldet oder beantragt werden?
Ja, es ist im Parallelverfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eine Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes erforderlich. Siehe hierzu auch die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 11.5.2017
- Falls ja, ist dies schon erfolgt und wann?
entfällt
5. Falls nein, wann wird dies geschehen?
Dies wird dann geschehen, wenn alle Schnittstellen zu dem Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionschutzgesetz, der Bauleitplanung (Lärmschutzgutachten und Verkehrsgutachten sind beauftragt) und dem Vorhabenbezug (erster Vorhabenentwurf wurde am 1.10.2018 besprochen) bearbeitet sind.

Beratungsergebnis:

- 6.2 **Anfrage der CDU-Fraktion zur Videokamera in der Gaststätte Usaquelle am Waldschwimmbad
Beantwortung zur Vorlage XII/42/2019
Vorlage: 101/2019**

Stadtverordnete Corinna Bosch bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Sie habe noch einige ergänzende Fragen, deren Beantwortung mit dem Protokoll nachgereicht werden soll.

Zu Frage 6:

Was bedeutet „Wenn vorab informiert wurde“? Bedeutet das „Ja“ oder „Nein“?

Gibt es zu der Installation der Kamera, die die Bürgergruppe am 18.05.2018 vorgenommen hat, die vorgeschriebene Dokumentation nach der Datenschutzgrundverordnung?

Zu Frage 7:

Was bedeutet „Wenn vorab informiert wurde“?

Wann hat der aktuelle Bürgermeister Thomas Pauli Kenntnis von dieser Kamera, die am 18.05.2018 von der Bürgergruppe installiert wurde, erlangt?

Zu Frage 8 möchte sie noch ergänzen, dass dies JETZT nicht mehr erforderlich sei.

Ergänzung:

Wann hat die Stadt den Landesdatenschutzbeauftragten über den meldepflichtigen Vorfall informiert?

Gab es schon eine Reaktion vom Landesdatenschutzbeauftragten?

Beantwortung der Zusatzfragen vom 11.04.2019 durch die Verwaltung:

Zu Frage 6:

Was bedeutet „Wenn vorab informiert wurde“? Bedeutet das „Ja“ oder „Nein“?

Ob der damalige Bürgermeister Hoffmann über die Montage einer Videoüberwachung durch den NApS-Verein informiert wurde, ist zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr nachvollziehbar. Im Zuge der Renovierung der Gaststätte wurde die Stadtverwaltung bezüglich einer Montage im Gaststättenbereich im Jahre 2018 informiert. Siehe auch Antwort Punkt 3

Gibt es zu der Installation der Kamera, die die Bürgergruppe am 18.05.2018 vorgenommen hat, die vorgeschriebene Dokumentation nach der Datenschutzgrundverordnung?

Ob es für die Installation der Kamera die vorgeschriebene Dokumentation gibt, ist der Stadt nicht bekannt. Zum Zeitpunkt der datenschutzrechtlichen Prüfung der Videoüberwachungsanlage in der Gaststätte im September 2018 hat die Verwaltung festgestellt, dass der Pächter der Gaststätte die Anlage betrieben hat. Demzufolge war er nach den einschlägigen Datenschutzbestimmungen auch der Verantwortliche. Es handelte sich daher nicht um eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Verantwortung der Stadt. Im Zuge dessen wurde die Empfehlung zur Anpassung der Beschilderung nach den Vorgaben der DSGVO ausgesprochen.

Zu Frage 7:

Was bedeutet „Wenn vorab informiert wurde“?

Wann hat der aktuelle Bürgermeister Thomas Pauli Kenntnis von dieser Kamera, die am 18.05.2018 von der Bürgergruppe installiert wurde, erlangt?

Siehe Antwort unter der Zusatzfrage zu Punkt 6

Ergänzung:

Wann hat die Stadt den Landesdatenschutzbeauftragten über den meldepflichtigen Vorfall informiert?

Gab es schon eine Reaktion vom Landesdatenschutzbeauftragten?

Aus den vorgenannten Gründen war der Vorgang von der Verwaltung nicht an den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu melden gewesen.

Abschließend teilt die Verwaltung mit bzw. gesteht ein, dass hinsichtlich der Videoüberwachung vergessen wurde, entsprechende Hinweise im Pachtvertrag bzw. in einer Ergänzung zum Pachtvertrag aufzunehmen

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Anfrage der CDU-Fraktion zur Videokamera in der Gaststätte Usaquelle am Waldschwimmbad (Vorlage XII/42/2019 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2019) wie folgt zu beantworten:

1. Wer hat die Installierung dieser Video-Kamera in Auftrag gegeben?

Die Anschaffung der Kamera erfolgte über die Bürgergruppe Waldschwimmbad, nach Rücksprache und Freigabe mit der Stadt Neu-Anspach am 30.05.2018. Es wurde lediglich die Kamera gegen ein neueres Modell getauscht, da ein Speicherrecorder bereits vorhanden war. Die damalige Pächterin, Frau Yayan, wurde von der Bürgergruppe darüber informiert und war einverstanden.

2. Von wem wurde die Kamera installiert?

Fachfirma SES, Brahmsstraße 40, 61267 Neu-Anspach.

3. Wann wurde diese Kamera installiert?

Nach Auskunft von und durch den Verein N.A.p.S. erstmals 2007, Erweiterung um eine Domkamera als Überwachung der Solardachfläche 2011 durch die Stadt. Die Kamera im Gaststättenbereich ist zwischen dem Verein N.A.p.S. und der damaligen Pächterin, Frau Schütz, zwischen 2007 und 2011 montiert worden.

4. Wo werden die Aufnahmen gespeichert bzw. wer hat Zugang zu den Aufzeichnungen und wer kann sich diese ansehen und auswerten?

Nur mit Code des Einrichters (Fa. SES) und nur auf Veranlassung der Ordnungsbehörde oder der Polizei. Die Aufzeichnung erfolgte auf einer Festplatte mit speziellem Betriebssystem im Kassenraum.

5. Stimmt es, dass seit Anfang Dezember Aufnahmen der Gäste gemacht wurden?

Nein.

6. Wer hat die Installierung der Kamera wann genehmigt?

Wenn vorab informiert wurde, erstmalig die Stadt Neu-Anspach in 2007, sowie im Zuge der Gaststättenrenovierung im Jahr 2018.

7. Wann hat der Bürgermeister Kenntnis von der Kamera erlangt?

Wenn vorab informiert wurde, erstmalig 2007.

8. Ist der Betrieb dieser Kamera im Pachtvertrag Stadt - Pächter geregelt?

Nein, nicht mehr erforderlich. Gaststättenpächter hat eine eigene Lösung für den Gaststättenbereich umgesetzt.

9. Hat der Pächter die Möglichkeit, diese Kamera ein- und auszuschalten bzw. diese zu bedienen?

Nein, der Betrieb war an ein System außerhalb der Gaststätte angebunden. Die vorherigen Pächter waren darüber informiert und einverstanden. Aktuell ist eine Privatkamera des Pächters montiert, die nur von ihm bedient werden kann.

10. Wurden die Gäste darauf hingewiesen, wenn nein, warum wurde die gesetzlich vorgeschriebene Information unterlassen und bewusst gegen Gesetze verstoßen?

Am Gebäude gibt es seit 2007 deutliche Hinweise auf die Video-Überwachung – es wurde nicht bewusst gegen Gesetze verstoßen. Die Hinweisschilder müssen lediglich auf den neuesten Stand gebracht werden.

Zusatz:

1. Gibt es weitere Personen, außer dem Pächter, die außerhalb der Öffnungszeiten Zutritt in die Gaststätte haben?

Der für die Liegenschaft zuständige Leistungsbereich Technische Dienste und Landschaft (TDL) der Stadt hat im Rahmen des Pachtvertrages Zugang zum Pachtgegenstand.

2. Wer besaß und besitzt aktuell neben dem Pächter und der Stadt als Vermieter einen Schlüssel zur Gaststätte zur Usaquelle?

Niemand.

3. An wen wurden durch die Stadt Neu-Anspach Schlüssel zur Gaststätte Usaquelle ausgegeben bzw. übergeben und wie viele?

An den Pächter wurden vier Schlüssel übergeben, weitere fünf befinden sich im Schlüsselschrank des Leistungsbereiches Technische Dienste und Landschaft.

Beratungsergebnis:

- 6.3 **Anfrage der CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FWG-UBN zur Erhebung einer Grundrechtsklage beim Hessischen Staatsgerichtshof
Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches und anderer Rechtsvorschriften
Beantwortung zur Vorlage XII/43/2019
Vorlage: 98/2019**

Zu Frage bzw. Antwort 1 stellt der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Holger Bellino, die Frage, wenn noch keine Klage eingereicht wurde, ob das Thema damit erledigt sei, da es eine Frist zur Klageeinreichung einzuhalten gab.

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass die Sache noch nicht erledigt sei, die Frist laufe erst zum 01.08. bzw. 31.07. ab, dann sei die Jahresfrist seit dem In-Kraft-Treten vorüber.

Der Vorsitzende stellt die weitere Frage, warum man dann die Sache in der Dezembersitzung so dringend habe beschließen müssen. Er könne sich erinnern, dass ein Teil der Stadtverordnetenversammlung der Meinung war, man könne erst nochmal darüber diskutieren, aber dann hieß es, man müsse bis Ende des Jahres die Klage einreichen. Er bittet um Antwort im Protokoll.

Stadtverordnete Regina Schirner, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen, verweist auf den Antrag ihrer Fraktion, welcher damals die Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes gefordert habe, bevor die Klage eingereicht werde. Sie stellt die Frage, ob die Klage tatsächlich eingereicht sei, denn dies hätte doch sicher bereits passieren müssen.

Beantwortung der Zusatzfrage vom 11.04.2019 durch die Verwaltung:

Die Sache musste seinerzeit dringend beschlossen werden, da die Verwaltung zunächst von anderen Fristen ausgegangen ist.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Anfrage der CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FWG-UBN zur Erhebung einer Grundrechtsklage beim Hessischen Staatsgerichtshof, Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfe Gesetzbuches und anderer Rechtsvorschriften, (Vorlage XII/43/2019 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2019) wie folgt zu beantworten:

1. Wann wurde die Klage eingereicht?

Bisher noch nicht.

2. Wurde im Vorfeld der HSGB um eine Stellungnahme gebeten?

Ja, die Verwaltung verweist hierzu auf die News im Ratsinfosystem vom 29.01.2019.

3. Wenn „Ja“, zu welchem Ergebnis kommt diese Stellungnahme?

Siehe Antwort 2.

4. Wenn „Nein“, und warum wurde keine Stellungnahme eingeholt?

Entfällt. Siehe Antwort 2.

5. Wenn eine Klage eingereicht wurde, wie ist der derzeitige Sachstand?

Siehe Antwort 1.

Beratungsergebnis:

7. Sonstige Anfragen und Anregungen

Holger Bellino
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Mathias Schnorr
Schriftführer



**Ad-hoc Bericht
gem. § 28 GemHVO**

zum 19.03.2019

Vorwort zum Ad-hoc Bericht 19.03.2019

Gemäß § 28 Abs. II GemHVO ist die Stadtverordnetenversammlung zusätzlich zu den bekannten regelmäßigen Berichten unverzüglich zu unterrichten, wenn sich abzeichnet, dass

1. sich das geplante Ergebnis des Ergebnishaushalts oder des Finanzhaushalts wesentlich verschlechtert,
2. sich die Gesamtauszahlungen einer Maßnahme des Finanzhaushalts wesentlich erhöhen werden oder
3. die Stadt die Liquiditätskredite nicht bis zum Ende des Haushaltsjahres zurückführen kann (§ 105 Abs. 1 S. 3 HGO).

In der Budgetierungsrichtlinie der Stadt Neu-Anspach wurde die Begrifflichkeit, ab wann eine Abweichung „wesentlich“ ist, konkretisiert und auf 3 % des Haushaltsvolumens festgelegt. Davon unberührt bleiben aber Abweichungen, die zwar von der Höhe nicht die Wesentlichkeitsgrenze überschreiten, aufgrund ihrer Folgen für die Liquidität oder des Liquiditätskreditrahmens dennoch von wesentlicher Bedeutung sind.

Dieser Bericht enthält im Folgenden:

- Ad-hoc Bericht über die Finanzielle Entwicklung, die Problemstellung, den Ausblick und die Problemlösungsmöglichkeiten
- Muster des Finanzstatusberichts
- Genehmigungsschreiben zur Haushaltssatzung 2019

Finanzielle Entwicklung und Problemstellung

Die Stadt Neu-Anspach prognostizierte im Herbst 2018 einen Jahresverlust 2018 von ca. 600.000 € in der Hoffnung, dass das 4. Quartal hohe Einkommenssteuer und Gewerbesteuer bringt. Diese Hoffnung hat sich nicht bestätigt, sodass der Verlust schlussendlich im bereits zurzeit in Bearbeitung befindlichen Jahresabschluss nahezu 1,5 Mio. € beträgt.

Dies hat zu Folge, dass der Endbestand an Liquiditätskrediten zum 31.12.2018 bereits höher war, als bei der Haushaltsplanaufstellung erwartet.

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung wurden diverse Haushaltskürzungen beschlossen, unter anderem eine 7,27%-ige Pauschalkürzung der Sach- und Dienstleistungen. Die Warnungen des Magistrats, dass eine derartige Pauschalkürzung nicht umsetzbar ist, wurden ignoriert.

Neben der o.g. Auswirkung im Ergebnishaushalt ist die Auswirkung im Finanzhaushalt, also auf die Liquidität der Bankkontobestände bzw. auf den Liquiditätskredit (früher Kassenkredit) von besonderer Bedeutung.

Resultierend aus dem Jahresergebnis 2018, ist auch der derzeitige Liquiditätskredit höher als erwartet. Hinzu fehlen noch nicht umgesetzte, aber eingeplante Einnahmen z.B. aus Grundstücksverkäufen aber vor allem aus der Straßenbeitragssatzung, sodass der derzeitige Stand an Liquiditätskrediten 3.106.000 € (Stand 22.03.2019) beträgt.

Die Haushaltssatzung 2019 der Stadt Neu-Anspach hat, unter Berücksichtigung der o.g. Konsolidierungsmaßnahmen, einen Liquiditätsrahmen von 3.000.000 € vorgesehen.

Am 19.03.2019 erhielt die Stadt Neu-Anspach die Haushaltsgenehmigung zur Haushaltssatzung 2019 (siehe Anlage). Gemäß § 97 Abs. 5 HGO ist die Haushaltssatzung nun gemeinsam mit der Genehmigung öffentlich bekannt zu machen und sieben Tage öffentlich auszulegen. Erst dann tritt der Haushalt 2019 formal in Kraft.

Mit Inkrafttreten des Haushalts 2019 tritt dann auch der reduzierte Kassenkreditrahmen von 3.000.000 € in Kraft. **Mit diesem Zeitpunkt wäre die Stadt Neu-Anspach zahlungsunfähig.** Die Banken dürften der Stadt nicht über die Haushaltssatzung hinausgehende Liquiditätskredite zur Verfügung stellen.

Ausblick

Größere Einnahmen sind erst am 30.04.2019 wieder fällig (Einkommenssteuer/Umsatzsteuer 1. Quartal). Folglich würde die Zahlungsunfähigkeit mindestens bis dahin andauern. Da auch am 15.05.2019 die Realsteuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer) für das 2. Quartal fällig sind, wird sich die Liquidität im Mai entspannen und sich dann bis zum 31.07.2019 (2. Quartal Einkommenssteuer/Umsatzsteuer bzw. 15.08.2018 Realsteuern) wieder zuspitzen, sodass spätestens im Juli eine erneute Zahlungsunfähigkeit vorliegen könnte.

Die Forderung, Liquiditätskredite bis zum 31.12. eines Jahres vollständig zurückzuführen, wird auf keinen Fall erreicht werden können.

Problemlösungsmöglichkeiten und Vorgehen des Magistrats

Entgegen der Vorgaben in der HGO lässt sich die Zahlungsunfähigkeit kurzfristig nur abwenden, in dem die Haushaltssatzung 2019 nicht öffentlich bekannt gemacht wird und damit die Vorjahresgenehmigung weiter in Kraft ist. Diese beinhaltete noch einen – vor Hessenkasse - Liquiditätskreditrahmen von 15,0 Mio. €.

Um die Situation zu lösen, ist zwingend ein Nachtragshaushalt erforderlich, indem der Liquiditätskreditrahmen erhöht wird, welcher am 11.04.2019 eingebracht wird

Grundsätzlich ist ein Liquiditätskreditrahmen nur in Höhe von 200 € pro Einwohner genehmigungsfähig (2.932.800 €). Ein höherer Liquiditätskreditrahmen von z.B. 4,0 oder 5,0 Mio. € wird daher zusätzlich von der oberen Aufsichtsbehörde – dem RP – genehmigt werden müssen.

Da die HGO im Rahmen der Hessenkasse erst vor kurzem verschärft wurde und sich die Stadt Neu-Anspach noch in 2018 mit der Ablösung von 5,6 Mio. € Liquiditätskrediten vertraglich an die Einhaltung dieser Vorgaben verpflichtet hat, ist nicht zu erwarten, dass das Genehmigungsverfahren ohne weiteres verläuft. Harte Einschnitte, Gebührenerhöhungen sowie Steuererhöhungen sind zu erwarten.

Ergebnis finanzielle Leistungsfähigkeit Finanzstatusbericht Neu-Anspach zum 19.03.2019

Indikator pro Einwohner (14.732)	Bewertung ggf. der Entwicklung nach Indikatoren pro Einwohner	Gewichtung der Indikatoren pro Einwohner in %	Berechnung	Indikator	Ergebnis Neu-Anspach	Status
ordentliches Ergebnis	Überschuss (mehr als + 5 €) = 1	45%	1,00	0,50	45,00%	grün (+) > 70% gelb (0) < 70% und > 40% rot (-) < 40%
	jahresbezogener Haushaltsausgleich (im Korridor von - 5 € bis + 5 € oder durch Rücklage) = 0,75					
	defizitär im Korridor (weniger als - 5 € bis - 40 €) = 0,5					
	defizitär im Korridor (weniger als - 40 € bis - 75 €) = 0,25					
defizitär (weniger als - 75 €) = 0						
Bestand ordentliche Rücklage	Bestand = 1	5%	0	0	0,00%	
kein Bestand (< 0 €) = 0						
Kumulierte ordentliche Ergebnisse nach doppischer Rechnungslegung	Verrechnungswert > 0 € = 1	10%	0	0	0,00%	
	Verrechnungswert < 0 € (damit Fehlbetragbestand) = 0					
Ausweis von Eigenkapital (nach letzter geprüften Bilanz)	positiver Eigenkapitalbestand = 1	5%	1	1	5,00%	
	negativer Eigenkapitalbestand (< 0 €) = 0					
Kassenkreditverbindlichkeiten (Kommune plus Sondervermögen)	Kein Bestand = 1	10%	211,81	0	0,00%	
	Bestand bis 200 € = 0,5					
	Bestand über 200 € = 0					
Zahlungsmittelfluss lfd. Verwaltungstätigkeit abzüglich der Tilgung	Saldo > 5 € = 1	25%	< 0	1	0,00%	
	im Korridor von 0 € bis 5 € = 0,5					
	Saldo < 0 € = 0					
		100%			50,00%	



Landratsamt · Postfach 1941 · 61289 Bad Homburg v. d. Höhe

An den
Magistrat der Stadt
- Rathaus -
61267 Neu-Anspach

**DER LANDRAT DES
HOCHTAUNUSKREISES**
als Behörde der Landesverwaltung
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5
61352 Bad Homburg v. d. Höhe

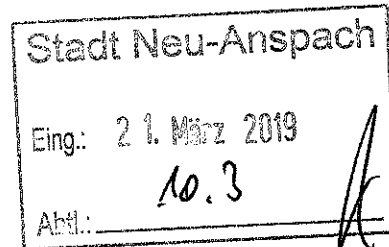
Kommunalaufsicht

Ihr Ansprechpartner:

Herr Rödl
Eingang 1 - Zimmer: 509
Tel.: 06172 999-9016
Fax: 06172 999-9823
gernot.roedl@hochtaunuskreis.de

Az.:90.16

19. März 2019



Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019;
hier: Aufsichtsbehördliche Genehmigung

- Ihre Vorlage vom 19.12.2018, hier eingegangen am 20.12.2018

Anlage: -1-

Anbei erhalten Sie meine aufsichtsbehördliche Genehmigung zum Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2019 (§ 6 der Haushaltssatzung) und zu den in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 vorgesehenen Kreditaufnahmen (§ 2) und Verpflichtungsermächtigungen sowie zum Höchstbetrag der Liquiditätskredite (§ 4).

Ich bitte um weitere Veranlassung gemäß § 97 Abs. 5 HGO.

I. Feststellungen zum Haushaltsplan 2019

1. Das ordentliche Ergebnis des Haushaltsjahres 2019 weist einen Planüberschuss i. H. v. 615,2 TEUR aus. Die mittelfristige Ergebnisplanung zeigt weiterhin Überschüsse im ordentlichen Ergebnis (592,1 TEUR in 2020, 813,7 TEUR in 2021 und 1.326,5 TEUR in 2022).
2. Aus laufender Verwaltungstätigkeit wird im Haushaltsjahr 2019 ein Überschuss in Höhe von 1.715,9 TEUR erwirtschaftet. Die Kredittilgung im Umfang von 1.350,1 TEUR sowie die Auszahlung an die Hessenkasse in Höhe von 365,6 TEUR (zusammen 1.715,7 TEUR) können somit aus laufender Verwaltungstätigkeit erbracht werden. Selbiges gilt auch für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung.

Landratsamt
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5
61352 Bad Homburg v.d.H.

Taunus Sparkasse
BLZ 512 500 00 · Kto. 100 9605
IBAN: DE33 5125 0000 0001 0096 05
SWIFT-BIC: HELADEF1TSK

Nassauische Sparkasse
BLZ 510 500 15 · Kto. 245 034 660
IBAN: DE93 5105 0015 0245 0346 60
SWIFT-BIC: NASSDE55

Postbank
BLZ 500 100 60 · Kto. 9 957 600
IBAN: DE28 5001 0060 0009 9576 00
SWIFT-BIC: PBNKDEFF

3. Das kumulierte ordentliche Ergebnis beläuft sich mit Ablauf des Haushaltsjahres 2018 auf – 8.429,7 TEUR. Die Stadt Neu-Anspach macht gemäß dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept von der im Rahmen der Hessenkasse eröffneten einmaligen Möglichkeit Gebrauch, die bis dahin nicht abgedeckten Fehlbeträge gemäß § 25 Abs. 3 GemHVO im Jahresabschluss 2018 mit dem Eigenkapital zu verrechnen. Mit Abschluss des Jahres 2018 bestehen somit keine Altfehlbeträge mehr.
4. Gemäß Finanzstatusbericht wird im aktuellen Haushaltsjahr 2019 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2020 jeweils ein negativer Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres ausgewiesen (2019: -630,1 TEUR; 2020: -102,4 TEUR). Das Haushaltssicherungskonzept benennt Einsparungspotentiale aus verschiedenen Produktbereichen, die ab dem Haushaltsjahr 2021 wieder positive Zahlungsmittelbestände erwarten lassen.
5. Zum Ende des Haushaltsjahres 2018 bestehen Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten in Höhe von 3.327,8 TEUR. Gemäß der vorgelegten Liquiditätsplanung wird für das Haushaltsjahr 2019 der Liquiditätsbedarf nach § 105 Abs. 2 HGO ausgewiesen. Der höchste monatsbezogene Liquiditätsbedarf liegt demnach bei 2.930,6 TEUR. Ein Liquiditätspuffer nach § 106 Abs. 1 HGO besteht nicht.
6. Die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2017 sind aufgestellt und liegen dem Rechnungsprüfungsamt des Kreises vor.

Mit dem Gesetz zur Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der hessischen Kommunen bei liquiditätswirksamen Vorgängen und zur Förderung von Investitionen (HessenkasseG) vom 25.04.2018 (GVBl. S. 59) erfolgten Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), die am 01.01.2019 in Kraft getreten sind, jedoch bereits für die Haushaltspläne und Haushaltssatzungen, die im Laufe des Jahres 2018 erstellt und beschlossen wurden, zu beachten waren.

Die Stadt Neu-Anspach hat gemäß den zuvor getroffenen Feststellungen bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften beachtet.

II. Genehmigungen zum Haushaltsplan 2019

1. Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes

Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2019 wird erteilt.

2. Genehmigung der Kredite

Die Genehmigung der Kreditaufnahmen für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von **438.021,00 EUR** wird erteilt.

3. Genehmigung der Verpflichtungsermächtigungen

Die Genehmigung der für das Haushaltsjahr 2019 festgesetzten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von **4.834.000,00 EUR** zur Leistung von in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 erforderlich werdenden Auszahlungen wird erteilt.

4. Genehmigung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite

Die Genehmigung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von **3.000.000,00 EUR** wird erteilt.

III. Auflagen zum Haushaltsplan 2019

1. In Anspruch genommene Liquiditätskredite sind gemäß § 105 Abs. 1 Satz 3 HGO bis zum Ende des Haushaltsjahres vollständig zurückzuführen. Ist eine Rückführung zum Jahresende nicht möglich (z. B. infolge der Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen), sind die Liquiditätskredite im folgenden Jahr zurückzuführen.
2. Die für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 106 Abs. 1 HGO zu bildende Liquiditätsreserve beläuft sich gemäß der vorgelegten Liquiditätsplanung auf 587,4 TEUR. Tatsächlich fehlt dieser Liquiditätspuffer. Grundsätzlich soll der vollständige Aufbau des Liquiditätspuffers bis 2020 abgeschlossen sein. Da die Stadt Neu-Anspach am Entschuldungsprogramm der Hessenkasse teilnimmt, kann der Aufbau des Liquiditätspuffers sukzessive erfolgen, ist aber bis zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes, also bis spätestens 2022, abzuschließen (vgl. Ziff. II.4 des Orientierungsdatenerlasses des HMdIS vom 13.09.2018).
3. Die aufgestellten Jahresabschlüsse sind gemäß § 112 Abs. 9 HGO auch der Aufsichtsbehörde bekannt zu geben. Für das Genehmigungsverfahren maßgeblich ist jeweils der Jahresabschluss des Vorjahres. Zukünftig sind der Aufsichtsbehörde die Aufstellung des entsprechenden Jahresabschlusses durch den Magistrat und die Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 112 Abs. 9 HGO sowie die Vorlage des Jahresabschlusses an das Rechnungsprüfungsamt zu bestätigen.
4. Nach § 92 Abs. 4 i. V. m. § 92 Abs. 6 HGO soll der Haushalt jedes Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Der Haushaltsausgleich im Vollzug unterliegt einer dem Haushaltsjahr nachgelagerten Kontrolle der Aufsichtsbehörde durch die Jahresabschlüsse. Zukünftig sind der Aufsichtsbehörde die Jahresabschlüsse nach der Aufstellung (möglichst in elektronischer Form) zu übersenden.
5. Die Berichte über den Stand des Haushaltsvollzugs nach § 28 GemHVO an die Stadtverordnetenversammlung sind der Aufsichtsbehörde halbjährlich vorzulegen.

Ich bitte, diese Verfügung gemäß § 50 Abs. 3 HGO der Stadtverordnetenversammlung in geeigneter Weise zur Kenntnis zu geben.


Ulrich Krebs
Landrat

GENEHMIGUNG

Hiermit genehmige ich

1. das für das Haushaltsjahr 2019 von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neu-Anspach am 13.12.2018 beschlossene Haushaltssicherungskonzept (§ 6 der Haushaltssatzung) gemäß § 97 a HGO in Verbindung mit § 92 a Abs. 3 HGO,
2. den in § 2 der Haushaltssatzung der Stadt Neu-Anspach für das Haushaltsjahr 2019 festgesetzten Gesamtbetrag der Kredite in Höhe von

438.021,00 EUR

(in Worten: Vierhundertachtunddreißigtausendeinundzwanzig Euro)

gemäß § 103 Abs. 2 HGO,

3. den in § 3 der vorgenannten Satzung festgesetzten Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von

4.834.000,00 EUR

(in Worten: Vier Millionen Achthundertvierunddreißigtausend Euro)

gemäß § 102 Abs. 4 HGO,

4. den in § 4 der vorgenannten Satzung für die Aufnahme von Liquiditätskrediten festgesetzten Höchstbetrag von

3.000.000,00 EUR

(in Worten: Drei Millionen Euro)

gemäß § 105 Abs. 2 HGO.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 19. März 2019
- 90.16 -



Der Landrat
des Hochtaunuskreises

Ulrich Krebs
Landrat